



Protokoll

der 45. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Donnerstag, den 19. Dezember 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: Anina Ineichen (GAB), Brigitte Gysin (die Mitte/EVP).

Verhandlungsgegenstände:

98.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK	2
31.	Anzug 9 Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive	9
32.	Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse	9
33.	Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik	10
34.	Anzug 12 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten	11
35.	Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten	11
36.	Anzug 14 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen	14
37.	Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien	15
38.	Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt.....	16
39.	Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend "Ein Bus" für Basel	20
40.	Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»	21
41.	Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel	24
42.	Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge	26
43.	Anzug 21 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte	27
44.	Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei	27
45.	Anzug 23 Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken.....	29
46.	Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG	30
47.	Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse	33
48.	Anzug 26 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?	35



Beginn der 45. Sitzung

Donnerstag, 19. Dezember 2024, 09:00 Uhr

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[19.12.24 09:00:15, 24.0701.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zu unserem letzten Sitzungstag im Jahr 2024 und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Kaffeespende: Jenny Schweizer feiert morgen einen schönen Geburtstag, ich hoffe einen wunderschönen, und aus diesem Anlass spendiert sie uns heute den Kaffee. Ich danke ihr für diese grosszügige Geste. Sie hat ein schönes Geburtsdatum, ich sage das aus eigener Erfahrung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir fahren weiter mit der Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028. Wir sind mitten in den Fraktionsvoten. Zuerst hat Béla Bartha das Wort.

Béla Bartha (GAB): Die Kaserne hat im Ratschlag der Regierung um eine Erhöhung der jährlichen Unterstützung von 447'393 Franken gebeten. Diese Unterstützung wurde von der Regierung abgelehnt und im Gegenzug einen Drittel dieser Summe, 149'000 Franken, bewilligt. Worauf dieser Betrags fusst, bleibt bis heute ein Rätsel.

Dieses Unbehagen hat eine Mehrheit der BKK geteilt und eine Erhöhung dieses Betrags um 50'000 Franken per anno beantragt. Auch hierzu gibt es keine nachvollziehbaren Begründungen. Die einzigen verwertbaren Anhaltspunkte als Basis einer Entscheidungsfindung erhielten wir von der Kasernenleitung selbst, und diese wies einen dringenden Erhöhungsbedarf von jährlich 312'000 Franken aus.

Man kann nun trefflich darüber streiten, ob ein Lohn von 5'500 oder 6'000 Franken für eine Administrationskraft oder ein Lohn von 5'500 oder 6'500 Franken für einen Bühnen- Licht- oder Tontechniker angemessen ist oder nicht. Klar ist, dass diese Löhne, die durch die technischen Berufe durch die Kasernenleitung gefordert wurden, immer noch moderat und in keinem Fall anmassend sind. Lassen Sie mich hier kurz sagen, dass ein Lehrabgänger im technischen Beruf in einem mittleren Betrieb mit 6'000 Franken etwa beginnt, und hier haben wir einen Bruttolohn, und was wir hier vor uns haben, ist ein Brutto-Brutto-Lohn. Sie können hier auf diese Zahlen noch einmal 15 Prozent dazurechnen, dann sehen Sie, dass da also absolut nicht übertrieben wird mit den Lohnforderungen.

Klar ist auch, dass es eine Erhöhung braucht, sonst würden wir heute nicht hier stehen und über einen dringlichen Beschluss die Finanzierung der Kulturwerkstatt Kaserne sicherzustellen versuchen, die schon einen Monat völlig klamm und unfähig wäre, die Löhne ihrer Angestellten zu bezahlen. Kurz, die Kaserne ist läuft am Limit.

Liest man aber das Portfolio der Kasernen durch, so muss man anerkennend feststellen, dass der Bevölkerung für die Unterstützung auch ein einmalig vielseitiges Programm angeboten wird. Seit Jahren beweist die Kaserne auf eindrückliche Weise, dass sie auch imstande ist, mit der Angebotsvielfalt umzugehen und die Institution Kaserne erfolgreich in der schweizerischen, ja internationalen Kulturszene zu positionieren, um mit dieser als Spiel- und Produktionsstätte auf hohem Niveau mitzuhalten.

Dies unterstreicht auch die neuerliche Anstellung von Sarah Mehler als Geschäftsführerin, die wohl nicht von der Roten Fabrik nach Basel gezogen wäre. Auch die Regierung selbst anerkennt die gute Arbeit und Professionalität, welche die Mitarbeitenden der Kaserne seit Jahren an den Tag legen. In der Kulturlandschaft von Basel-Stadt steht die Kaserne mit einem klaren eigenen Profil mit zeitgenössischen experimentellen Tanz-, Sprech und Performance-Aufführungen und einem breiten Konzertangebot da und ergänzt das etablierte Theater hier vortrefflich.

Nur eben, die entsprechenden Löhne möchten die Kulturabteilung und eine knappe Mehrheit der BKK dafür nicht bereitstellen. Schade eigentlich, denn die Einsatzbereitschaft des heutigen Teams erlaubt einen 13 Stunden-Rundumbetrieb, ohne den das Kasernenareal jeweils schon um 22 Uhr nach den jeweiligen Produktionen den Betrieb einstellen würde und



wie bei den etablierten Spielstätten Theater, Schauspielhaus oder allen Museen die Schoten dicht gemacht würden und öde Nachtruhe auf dem Kasernenareal einkehren würde.

Meine beiden Söhne, 22 und 24 Jahre alt, würden sich bedanken, denn für sie fängt das Nachtleben um Mitternacht erst an. Die Kaserne ist für sie ein sicherer Ort inmitten eines ansonsten eher aufregenden Umfelds, an dem sie mit Freunden das Nachtleben unbeschwert erleben können. Wie schwierig es ist, einen solchen Langzeitbetrieb zu stemmen, davon kann man sich einige Meter in Rheinrichtung ein Bild machen, wo immer noch nach einem gut funktionierenden Konzept gesucht und gerungen wird.

Ich bitte das Parlament daher, lasst uns ein vorbildliches funktionierendes Konzept mit einem tollen Team entsprechend ausstatten, damit es auch in der Zukunft strahlen kann und nicht auf selbst ausbeuterische Weise überdauern muss. Daher unterstützt, das GAB den Antrag von Amina Trevisan, den Unterstützungsbeitrag von 200'000 auf 312'000 Franken pro Jahr zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Joël Thüning.

Joël Thüning (SVP): Wir haben ja gestern und auch heute eine Modeschau der Spenderhosen erlebt, begonnen mit der BKK bis hin zu diesem Antrag jetzt der SP und des GAB. Selbst die FDP, die sonst bei solchen Modeschauen nicht mitmacht, hat plötzlich vergessen, dass man vielleicht ein bisschen weniger Modeschau betreiben sollte. Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, auf diese Anträge zu verzichten. Sie lehnt auch den Antrag der Bildungs- und Kulturkommission ab, sie lehnt den Antrag des Regierungsrates ab, der ja auch bereits eine Erhöhung vorgesehen hat und möchte Ihnen beliebt machen, den Staatsbeitrag in der Höhe zu behalten, in welcher er sich in der jetzigen Staatsbeitragsperiode befand.

Ich habe diese Diskussionen gestern und heute Morgen angehört. Es widerspiegelt letztlich das, was wir bereits in der Bildungs- und Kulturkommission gehört haben, was auch im Bericht des Regierungsrates steht. Ehrlicherweise muss ich Ihnen sagen, ja, diese Diskussion über die Löhne ist eine aus unserer Sicht sehr operative Diskussion. Wir sprechen einen Staatsbeitrag und wie eine Institution mit diesem Staatsbeitrag hantiert, ist letztlich nicht die Aufgabe des Grossen Rates. Der Rahmen, den wir abstecken, muss eingehalten werden und ob man dies nun macht, indem man Löhne erhöht oder eben nicht erhöht oder anderweitig diese Staatsbeiträge einsetzt, das ist aus meiner Sicht und aus Sicht der SVP-Fraktion Aufgabe der Institution. Das soll die Arbeit der Kaserne nicht schmälern, darum geht es nicht, sondern darum, wie wir hier beurteilen, wie wir einen Staatsbeitrag treffen. Wir haben gestern über einen anderen Staatsbeitrag gesprochen, wo die Regierung fast zwei Jahrzehnte lang keine Erhöhung vornehmen wollte, sogar eine Kürzung vornehmen wollte, und hier bei der Kaserne Basel haben wir nun drei Ratschläge für drei Legislaturen, und in jedem dieser Ratschläge fand eine Erhöhung statt. Vor acht Jahren eine sehr substanzielle, vor vier Jahren eine nicht mehr ganz so grosse, aber trotzdem auch einen Staatsbeitragserrhöhung, und damals sogar mit dem Auftrag verbunden, diese zusätzlichen Mittel für Vermittlungsarbeit einzusetzen, übrigens etwas, von dem man nun bei der Kaserne uns gesagt hat, dass man das nicht mehr machen möchte, wenn man den Staatsbeitrag nicht erhöht, obwohl man ihnen damals explizit dafür das Geld gesprochen hat.

Also das ist die Ausgangslage. Wir haben bei der Kaserne jetzt dreimal hintereinander den Staatsbeitrag erhöht oder wollen ihn dreimal hintereinander erhöhen. Das mag bei einigen von Ihnen jetzt auf Goodwill stossen. Deshalb gibt es ja auch noch weitere Erhöhungsanträge. Die SVP-Fraktion findet das aber in der Tat nicht sinnvoll und kann insbesondere auch mit der Argumentation der Erhöhung wenig anfangen. Da bin ich sogar jetzt ehrlicherweise etwas näher bei den Anträgen der SP und dem GAB und vielleicht auch der BKK, diese vom Regierungsrat festgelegte Zahl ist ja auch nicht sehr gut begründet. Man gibt ihnen einen Drittel von dem, was sie an Bedarf haben. Das ist ein bisschen gewürfelt, so kommt es uns vor, so ganz fundiert ist diese Staatsbeitragserrhöhung, wie sie vom Regierungsrat beantragt wurde, nicht.

Dann zu dieser Tabelle, die vorgelegt wurde und die jetzt auch Basis des Antrages der Bildungs- und Kulturkommission ist, mit diesen Median-Löhnen. Das mag vielleicht stimmen, wir haben es nicht kontrollieren können, wir wissen es nicht, die SVP-Fraktion bestreitet nicht, dass es vielleicht im einen oder anderen Bereich dort tatsächlich Löhne gibt, die etwas unterdurchschnittlich sind. Aber auch das wiederum ist dann Aufgabe der Institution zu schauen, dass man dort, wo allenfalls andere höhere Löhne notwendig sind, diese dann auch gewährt. Dafür muss man vielleicht bei anderen Dingen etwas abschneiden.

Und dann zu dem doch auch vielleicht etwas gesuchten Argument, dass die Kaserne zur Nachtsicherheit auf dem Claraplatz oder dem Umfeld der Kaserne beiträgt. Nun gut, also wenn wir gerade die Deliktzahlen in diesem Bereich uns anschauen, dann müssen wir sagen, das ist nun wirklich auch ein Argument, das ganz und gar nicht überzeugt und wahrscheinlich nicht stichhaltig genug ist, um deshalb den Staatsbeitrag zu erhöhen.

Wir kennen die Kreuztabelle. Wir wissen, dass sie wahrscheinlich heute diese Anträge mindestens der Bildungs- und Kulturkommission guteheissen werden. Wir sind der Ansicht, das ist nicht richtig. Das soll wie gesagt kein Votum gegen die Kulturinstitution Kaserne Basel sein, sondern da geht es uns wirklich auch darum, wie man einen Staatsbeitrag spricht und wie man einen Staatsbeitrag und eine Leistung dann auch vereinbart zwischen Kanton und einer Institution, und hier glauben



wir drücken viele hier in diesem hohen Hause, vielleicht auch aus persönlicher Sympathie zur Kaserne, beide Augen zu. Deshalb bitten wir Sie, unserem Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Luca Urgese und David Jenny dürfen ihre Zwischenfragen stellen.

Luca Urgese (FDP): Ich freue mich, dass der Grosse Rat den Anträgen der Finanzkommission gefolgt ist und die Mittel für Lehrmittel, Hebammen und zusätzliche Stellen bei der Staatsanwaltschaft erhöht hat. Ein Post von gestern Abend von Ihnen, Joël Thüring. Sind Sie heimlich auch ein Freund von Modeschauen?

Joël Thüring (SVP): Schauen Sie, ein Gemeinwesen muss immer schauen, wo Prioritäten gesetzt werden. Und die Sicherheit unserer Kantonsbevölkerung gewichte ich höre als zusätzliche Staatsbeiträge für die Kaserne. Da bin ich relativ klar.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin nicht frisch genug, um die Modeschau-Metapher wirklich zu durchschauen. Gestern noch mit Krawatte, um für diese Erhöhung beim Zolli und heute ohne Krawatte, um Sparsamkeit zu demonstrieren?

Joël Thüring (SVP): Das ist eine sehr gute Frage. Ich werde mir das überlegen und Ihnen später noch eine Antwort zukommen lassen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie auch die Zwischenfrage von Frau Weibel an? Das ist der Fall.

Fleur Weibel (GAB): Joël Thüring, es geht ein bisschen in die gleiche Richtung. Sie haben sich gestern wortreich für die Hansli Müllers und Vreni Meyers und deren faire Löhne beim Zolli ausgesprochen, und jetzt stellen Sie einen Antrag, der nicht einmal wie die Regierung die Teuerung für die Löhne der Hansli Meyers und Vreni Müllers bei der Kaserne ermöglichen würden?

Ja, wie bereits ausgeführt, haben wir bei einer anderen Institution die Staatsbeiträge fast 2 Jahrzehnte nicht erhöht und bei der Kaserne Basel alle 4 Jahre doch in nicht unerheblichem Ausmass. Das ist ein wesentlicher Unterschied, wenn es um die Beurteilung dieser Anträge geht.

Joël Thüring (SVP): Wie bereits ausgeführt haben wir bei einer anderen Institution die Staatsbeiträge fast zwei Jahrzehnte lang nicht erhöht und bei der Kaserne Basel alle vier Jahre doch in nicht unerheblichem Ausmass. Das ist ein wesentlicher Unterschied, wenn es um die Beurteilung dieser Anträge geht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm für die Mitte-EVP.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nicht nur die Kinder von Béla Bartha sind nach Mitternacht munter sondern auch Brigitte Gysin. Sie hat mir ihr Votum geschickt, weil sie heute Morgen verhindert ist. Die Haltung der Fraktion die Mitte/EVP legen wir nur kurz dar, denn viele wichtige Überlegungen zur Haltung unserer Fraktion wurden durch die Kommissionssprecherin der BKK und von David Jenny und Catherine Alioth schon gesagt. Die Fraktion die Mitte/EVP wird ebenfalls dem Antrag der BKK folgen, zusätzlich zur vom Regierungsrat vorgeschlagenen Erhöhung des Beitrags jährlich weitere 50'000 Franken zu sprechen. Wir anerkennen wie alle bisherigen Sprechenden zu diesem Geschäft die Bedeutung der Kaserne als Dreipartnenbetrieb der Freien Szene und ihren wertvollen Beitrag zum Kulturleben in unserem Kanton. Wie die Regierung anerkennen wir die Notwendigkeit, mit einer Erhöhung des Beitrags an die Kaserne einen Beitrag zur Lohnentwicklung zu leisten. Wir teilen aber auch die Einschätzung des Fraktionssprechenden von FDP und LDP, dass die genaue Höhe dabei nicht in allen Teilen zu 100 Prozent nachvollzogen werden kann.



Die Fraktion die Mitte/EVP anerkennt, dass die Kaserne für ihren Antrag nach klaren Bezugsgrössen gesucht hat, um diesen nachvollziehbar zu machen. Wie manche Vorredner:innen aber schon deutlich gemacht haben, ist dabei zu beachten, dass der kantonale Medianlohn zu einem sehr hoch angesetzten Massstab führt. David Jenny hat gestern darauf hingewiesen, dass im Unterschied zu anderen Sektoren, wie zum Beispiel der Pflege im Tätigkeitsbereich der Kaserne die Löhne nicht durch ein staatlich beeinflusstes Lohnniveau konkurrenziert werden. Die Fraktion die Mitte/EVP folgt den Überlegungen der BKK, dass die Kaserne mit dem Bespielen des Areals während ihrer langen Öffnungszeiten einen Beitrag zur Sicherheit leistet und dies rechtfertigt, über die im Ratschlag vorgeschlagene Erhöhung des Staatsbeitrages hinauszugehen. Die zusätzlichen 50'000 Franken pro Jahr können dazu dienen, dass die Öffnungszeiten trotz Lohnerhöhungen nicht eingeschränkt werden müssen.

Die Fraktion die Mitte/EVP weiss um die Herausforderung in der Drittmittelakquise, ist aber überzeugt, dass die Kaserne den Anteil der Eigenfinanzierung noch ausbauen kann. Darum werden wir, wie eingangs erwähnt, den Antrag der BKK unterstützen und bitten Sie, dies auch zu tun.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir Grünliberalen unterstützen den Erhöhungsantrag der BKK. Der Antrag trägt zur Sicherstellung der Attraktivität der Kaserne als Arbeitgeberin bei. Die zusätzlichen Mittel ermöglichen den Teuerungsausgleich und eine Anpassung der Lohnstruktur, um Mitarbeitende zu halten und der Kaserne als Institution eine stabile Grundlage zu sichern. Ihr Betrieb trägt zur sozialen Kontrolle bei und steigert die Sicherheit im Perimeter. Die Kaserne leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in Basel.

Aufgrund der beantragten Erhöhung halten wir Grünliberalen es aber für entscheidend, dass die Kaserne ebenfalls ihre Eigenwirtschaftlichkeit steigert und langfristig auf eine solidere finanzielle Basis stellt. Eine systematische Analyse der Betriebsstruktur wäre wünschenswert, um Klarheit über die internen Prozesse und Strukturen zu schaffen, einschliesslich der Neubeurteilung der Pacht- und Mietverträge. Für letzteres liegt eine schriftliche Anfrage von Johannes Sieber vor, die sich mit der Berechnungsgrundlage für die von Kulturinstitutionen genutzten Räumlichkeiten der Immobilien Basel-Stadt befasst. Es zeigt sich, dass ein erheblicher und zunehmender Teil des Budgets der Kulturinstitutionen in Mietkosten fliesst, die von einer Staatskasse in die andere transferiert werden. Diese hohen Mietkosten binden Mittel, die weder der betrieblichen Organisation der Institution noch den Kulturschaffenden zugutekommen. Zusätzlich führen hohe Mieten dazu, dass die Institutionen nicht zum Teuerungsausgleich berechtigt sind. Hier wurde der Handlungsbedarf erkannt, die Motion Eberhard zur Umsetzung überwiesen. Wir bauen darauf, dass auch die Kaserne bereits in der kommenden Legislaturperiode davon profitieren wird.

Ebenso erachtet die GLP eine externe Überprüfung der Lohnberechnung für sinnvoll, auch wenn wir die Arbeit ausdrücklich anerkennen, die die Leitung der Kaserne in Bezug auf ihre erstellte Lohnanalyse geleistet hat. Durch den Kompromissvorschlag der BKK wird die Wettbewerbsfähigkeit der Kaserne als Arbeitgeberin gestärkt und auch ihre Rolle als kultureller und sozialer Mittelpunkt unserer Stadt gefestigt. Wir erachten aber eine Betriebsanalyse als vorteilhaft, um ein Bild der effektiven Situation zu erhalten, das nachhaltig tragfähige Entscheidungen ermöglicht und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung sicherstellt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten. Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GAB): Ich möchte hier noch einmal kurz festhalten, dass die gesamte Kulturbranche von dieser Teuerung extrem heftig getroffen wird und ich glaube und wir wissen alle, dass es in dieser Kulturbranche im Moment noch verstärkt zu prekären Situationen kommt. Die Coronakrise war ein extremer Brandbeschleuniger in der ganzen Branche. Wir wissen das, es trifft das Theater Basel, es trifft die Museen, die einfach anders abgerechnet werden und es trifft die Kaserne, es trifft die kleinen Institutionen, die Staatsbeiträge erhalten und es trifft auch alle jene, die keine erhalten.

Hier haben wir einen Betrieb, der es nach der Coronakrise geschafft hat, extrem Fahrt aufzunehmen. Der Kaserne geht es wieder gut, sie wächst, sie zieht Besucher an, aber sie hat ein extremes Problem in der Fluktuation der Mitarbeitenden. Und das ist ein Problem, das sich durch die ganze Kulturbranche zieht. Wir haben uns einmal darauf geeinigt, dass es okay ist, dass in der Kulturbranche die Löhne so prekär sind, denn die Leute arbeiten für das grosse Ganze. Und das kann man noch sagen bei der künstlerischen Leitung und das sagt man vielleicht auch noch beim Regisseur oder bei der Tänzerin, die da auftritt, dass das ganz fest mit ihrer Leidenschaft zu tun hat. Aber der Buchhalter oder der Kassier und diese vielen administrativen Jobs, die es dringend braucht, um einen solchen Betrieb am Leben zu halten, sagen das nicht. Und da kann man auch sagen, ja der Staat der beeinflusst in dieser Branche die Löhne nicht. Das ist doch nicht wahr. Also wir haben doch in dieser Branche auch eine Beeinflussung der Löhne genau von diesen Berufen, die vielleicht gar nicht direkt abhängig sind,



aber auch von Techniker:innen, die weiterziehen an andere Institutionen, die schon eine Erhöhung haben, die da ein stabiles Lohnverhältnis haben und das gibt es und da ist eine extrem grosse Fluktuation am Laufen. Das sind jetzt schon qualifizierte Leute, die da vielleicht auch noch dazulernen und weiterwachsen, aber die dann abwandern, weil sie nicht genug Lohn erhalten.

Das ist eigentlich der tragende Punkt und ich finde es wichtig und ich anerkenne, dass die BKK und auch die Regierung das sehen. Wir haben dieses Teuerungsproblem. Der Teuerungsausgleich wird nicht abgedeckt. Ich finde das ärgerlich. Das führt immer wieder dazu, dass wir hier extrem lange über die Teuerung diskutieren müssen und gar nicht wirklich über diese Staatsbeiträge.

Das gleiche hat Sandra Bothe-Wenke schon gesagt zu den Mietzinsen. Auch da haben wir riesige Beträge. Das tönt noch unendlich viel Geld, aber ein riesiger grosser Teil geht einfach wieder irgendwo ein in einen anderen Topf des Kantons, weil es einfach diese hohen Mieten abdeckt.

Das finde ich ärgerlich. Ich finde es wichtig, dass sowohl die Regierung als auch die BKK das erkennen. Trotzdem muss ich auch sagen, diese Beträge tönen alleine immer sehr gross, und am Ende ist es aber weniger als ein Drittel oder ein Teil mehr von einem viel grösseren Betrag. Und natürlich kann man sagen, die Kaserne verlangt ja sehr viel, es wird auch mit der SP/GAB-Antrag nicht die ganze Erhöhung gewährt, aber es wird ganz klar argumentiert, dass diese Erhöhung in die Löhne gehen muss, damit diese Kaserne stabil in die Zukunft gehen kann. Wir wollen doch alle nicht, dass der Betrieb ansonsten im Programm einsparen muss, das extrem vielfältig ist, nicht nur internationalen Ruf hat, wie das gestern geklungen hat, sondern auch lokal besucht wird. Die Kaserne wird gut besucht. Gerade am Freitag ist eine Brassband aufgetreten und hat mehr als 300 Tickets verkauft für ihre Brassparty. Ich glaube, wir müssen da wirklich sehen, was die Kaserne leistet für die Stadt, für die lokale Bevölkerung. Ich sehe einen Riesenmix an Altersdurchschnitt, der die Kaserne besucht und aber auch für das Kleinbasel, auch für die soziale Sicherheit. Ich bin überzeugt, dass Belebung immer zu Sicherheit führt und bitte Sie deswegen eigentlich inständig, sich hier mit der SP und dem GAB für diese Erhöhung auszusprechen im Wissen, dass die Kaserne sehr wichtige Arbeit leistet für unsere Stadt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich habe jetzt so viel gehört, dass ich einfach nicht mehr sitzen bleiben kann. So viel wurde auf die Tränendrüsen gedrückt wegen dieser armen Kaserne. Wir haben es von der Kommissionspräsidentin ja am Anfang gehört, diese Lohnerhöhung die anscheinend dringend notwendig ist, wird so oder so gewährt. Wenn wir das Zusatzgeld nicht sprechen, dann wird man halt noch einmal über die Bücher gehen und sehen, wo man Einsparung machen kann, auf was man allenfalls verzichten kann.

Es ist also eine ganz normale marktwirtschaftliche Überlegung, dass man seine Leistung nach den vorhandenen Mitteln richtet und nicht, wie es leider halt in der Kulturszene, auch beim Stadttheater und anderen, so üblich ist, dass man seine Leistung definiert, diese erbringt und dann bei uns hier einfach sagt, wir brauchen mehr Geld, und das nicht einmal, sondern jedes Mal. Ich weiss, es ist hoffnungslos, aber ich werde trotzdem Nein stimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zum Regierungspräsidenten, wenn er es wünscht. Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für diese Debatte. In allen Voten kam die Wertschätzung der Arbeit der Kaserne zum Ausdruck, unabhängig davon, ob man jetzt für den zusätzlichen Erhöhungsantrag ist zum Erhöhungsantrag des Regierungsrats. Ich freue mich auch, dass der eigentliche Erhöhungsantrag, der Ihnen ja auch der Regierungsrat schon vorgeschlagen hat, an sich nicht bestritten ist und ich freue mich auch, dass die Institution Kaserne so prominent auf der Tribüne vertreten ist und sich für unsere Debatte und den demokratischen Prozess interessiert. Das ist eben auch ein Beispiel gegenseitiger Wertschätzung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Kommissionspräsidentin Franziska Roth hat das Wort.

Franziska Roth (SP): Einerseits zum Votum von André Auderset, weil er mich nochmals namentlich erwähnt hat. Der Kanton hat einen Leistungsauftrag mit der Kaserne und möchte gewisse Leistungen, und wenn die Kaserne jetzt die Löhne erhöhen muss, damit sie stabil bleiben kann und weiterarbeiten kann, dann muss sie an diesem Leistungskatalog abbauen und vielleicht kann sie dann den Leistungsauftrag so nicht erfüllen. Wenn der Kanton etwas bestellt und sagt, das möchten wir



gerne von euch, dann muss dafür auch das Geld zur Verfügung stehen. Darum ist diese Überlegung für mich nicht ganz richtig.

Und dann noch zu den verschiedenen Anträgen, die auf dem Tisch liegen. Den Antrag der SVP haben wir in der Kommission nicht diskutiert, er ist nicht gestellt worden. Im Bericht steht zwar, dass wenige Mitglieder gar nicht einverstanden sind mit einer Erhöhung. Der Antrag der SP ist derselbe Antrag, den wir in der Kommission diskutiert haben und der mit 7 zu 6 Stimmen abgelehnt worden ist. Dies einfach, um nochmals zu sagen, was wir in der Kommission diskutiert haben und was wir im Bericht auch erwähnt haben.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses.

Es liegen drei Änderungsanträge vor, auch der Antrag natürlich der BKK. Das heisst, wir werden mehrmals abstimmen.

Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung der gesamten Ausgaben auf 14'801'624 Franken.

Der Regierungsrat beantragt eine Kürzung auf Gesamtausgaben von 15,198'148 Franken.

Die SP und die GAB-Fraktion wiederum beantragen eine Erhöhung gegenüber der BKK auf 15'853'568 Franken.

Die Änderungsanträge liegen Ihnen alle schriftlich vor.

Das Vorgehen ist so, dass wir zwei Eventualabstimmungen haben. Zuerst wird der Antrag der SVP, der tiefste, dem der Regierung gegenübergestellt. Das obsiegende wird dann dem Antrag der SP/GAB gegenübergestellt und wiederum das Obsiegende dem Antrag der Kommission.

Wir eröffnen die Debatte zu allen Anträgen gemeinsam, wenn es da nochmals etwas zu sagen gäbe. Ich frage die Antragstellenden, das sind Jenny Schweizer, Amina Trevisan, Regierungspräsident Conradin Cramer, ob sie nochmals etwas sagen möchten. Das ist nicht der Fall. Dann frage ich die Kommissionssprecherin, die ebenfalls verzichtet.

Damit kommen wir zur Eventualabstimmung 1.

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SVP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 81 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005289, 19.12.24 09:32:08]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag des Regierungsrates weiter zu verfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt 81 Nein-Stimmen gegenüber 16 Ja-Stimmen und keine Enthaltung. Damit geht der Änderungsantrag des Regierungsrates in die nächste Eventualabstimmung. Hier wird ebendieser Kürzungsantrag des Regierungsrat dem Erhöhungsantrag von SP/GAB gegenübergestellt.

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SP/GAB.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005291, 19.12.24 09:33:03]



Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag der SP/GAB weiter zu verfolgen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier gibt es mehr Nein-Stimmen, nämlich 57 gegenüber 38 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Damit kommen wir zur nächsten Abstimmung. Der Antrag der BKK wird dem obsiegenden Antrag der SP/GAB gegenübergestellt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der BKK, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SP/GAB.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005293, 19.12.24 09:33:58]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag der SP/GAB zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Hier haben wir 54 Nein-Stimmen gegen 42 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

Wir fahren in der Detailberatung fort. Da gibt es nämlich noch die Publikations- und Referendums Klausel. Und jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 16 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005295, 19.12.24 09:34:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Kaserne Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 15'853'568 (Fr. 3'963'392 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 71 Ja-Stimmen gegen 16 Neinstimmen bei 10 Enthaltungen bedeuten Annahme des Grossratsbeschlusses.



31. Anzug 9 Erich Bucher und Konsorten betreffend neue Schulraumoffensive

[19.12.24 09:35:08, 24.5250.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das wird nicht bestritten. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

32. Anzug 10 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse

[19.12.24 09:35:23, 24.5251.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier ist der Regierungsrat bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki und sie hat das Wort.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Ich stehe heute hier, um die geplante Aufhebung der Parkplätze in der Peter Merian-Strasse abzulehnen. Es ist mittlerweile ein bekanntes und bedenkliches Muster. Immer wieder wird die vermeintliche Sicherheit der Velofahrenden als Vorwand genutzt, um Parkplätze abzubauen. Doch wir müssen uns ernsthaft fragen: Wird immer die Sicherheit zum Vorteil einer bestimmten Gruppe, der Velofahrenden durchgesetzt? Warum wird stets suggeriert, dass diese Massnahmen zwangsläufig zu Lasten der Autofahrer und Anwohner getroffen werden müssen?

Die Peter Merian-Strasse ist nicht nur eine Veloroute, sondern auch eine wichtige Verbindungsstrasse für den motorisierten Verkehr. Wenn wir die wenig verbleibenden Parkplätze in diesem Bereich auch noch abbauen, schaffen wir nicht nur unnötige Ärgernisse, sondern verschärfen die ohnehin schon prekäre Parksituation weiter. All jene, die auf ihr Auto angewiesen sind, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen, werden dadurch zusätzlich belastet und de facto aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

Es ist absolut inakzeptabel, dass Sicherheit immer einseitig interpretiert wird. In dieser Diskussion wird ständig auf den Vorteil der Velofahrer fokussiert, während die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Autofahrer und Fussgänger, konsequent ignoriert werden. Auch diese Gruppen haben ein Recht auf sichere und bequeme Verkehrswege.

Es existieren bereits wirksame Massnahmen wie etwa Tempo 30-Zonen, die die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen. Anstatt die Parkplätze, die im übrigen auch für das lokale Gewerbe essentiell sind, zu opfern, sollten wir endlich alternative Lösungen ins Auge fassen. Intelligente Verkehrsregelungen können sicherstellen, dass die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden, ohne eine Gruppe systematisch zu bevorzugen. Es darf nicht sein, dass das Autoschritt für Schritt nicht nur aus der Innenstadt, sondern auch in den Quartieren verdrängt wird.

Eine Verkehrspolitik, die einseitig auf die Förderung des Veloverkehrs ausgerichtet ist und andere systematisch benachteiligt, ist weder nachhaltig noch gerecht. Nicht jeder hat die Möglichkeit oder den Wunsch, das Velo als primäres Verkehrsmittel zu nutzen, und dennoch werden genau diese Menschen durch solche einseitige Entscheidungen zunehmend ausgegrenzt. Eine Stadt, die nur noch für Velofahrer attraktiv ist, verliert ihre Vielfalt und Funktionalität. Diese Politik treibt uns in eine falsche Richtung.

Ich appelliere daher im Namen der SVP-Fraktion an Sie, die Parkplätze zu erhalten und eine faire, ausgewogene Verkehrspolitik zu verfolgen, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hat der Anzugsteller Christoph Hochuli das Wort.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Die Peter Merian-Strasse ist eine stark befahrene Veloroute vom Gundeli in Richtung Aeschenplatz, Innenstadt und auch über die Wettsteinbrücke ins Kleinbasel. In dieser nur 6 Meter breiten Strasse sind die



Autoparkfelder versetzt angeordnet, wodurch das Kreuzen mit dem zahlreichen Autoverkehr ein Gefahrenpotenzial für Velofahrende darstellt. Andere Städte verzichten deshalb auf versetztes Parkieren zu Gunsten eines Velostreifens.

Mit meinem Anzug schlage ich vor, dass in der Peter Merian-Strasse die auf der rechten Fahrbahnseite markierten Parkfelder in Richtung Sankt Jakob-Strasse gesehen entfernt und auf der linken Fahrbahnseite neu markiert werden. Ich habe die Situation an Ort genau angeschaut, es müssten ca. 9 Parkfelder auf der rechten Fahrbahnseite entfernt werden, und dafür würden auf der linken Seite 7 bis 8 Autoparkfelder neu markiert werden. Netto gingen somit nur 1 bis 2 Autoparkfelder verloren.

Mit dieser einfachen Massnahme würde die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere für die Velofahrenden stark verbessert. Sie könnten dann neu auf dem Velostreifen auf der rechten Fahrbahnseite in Richtung Sankt Jakob-Strasse fahren. Aber auch für Zufussgehende würde die Strasse zum Überqueren übersichtlicher und somit sicherer, weil dann nur auf einer Fahrbahnseite Autos parkiert werden.

Ich danke Ihnen auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion für die Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug von Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verkehrssicherheit in der Peter Merian-Strasse entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Gianna Hablützel-Bürki. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005299, 19.12.24 09:41:33]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

33. Anzug 11 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Gendermedizin: gesundheitliche Benachteiligung von Frauen im Bereich Erkennung und Diagnostik

[19.12.24 09:41:45, 24.5254.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist wieder bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



34. Anzug 12 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Überprüfung der Regulierung von Anlagen zur Gebäudekühlung bei Bestandsbauten

[19.12.24 09:42:14, 24.5255.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

35. Anzug 13 Laurin Hoppler und Konsorten betreffend Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie an den Volksschulen in Basel-Stadt unter Nutzung von neuen und bestehenden Angeboten

[19.12.24 09:42:50, 24.5256.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Ich bitte Sie, den Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Wir wissen, dass an unseren Basler Schulen die politische Bildung gelehrt wird. Das Demokratieverständnis wird gestärkt und wir sehen es ja auch an den vielen Schulklassen, die uns immer wieder hier besuchen. Nun, es gab schon einige Vorstösse betreffend politischer Bildung, unter anderem von Johannes Sieber oder Sasha Mazzotti und immer wieder ging es darum, dass die Schülerinnen und Schüler politisch zu wenig gebildet sind. Und dann, ich schwenke auf ein anderes Thema, kommt aber von genau dieser linken Seite exakt das entgegengesetzte Argument, nämlich dass die Schülerinnen und Schüler politisch so allwissend sind, dass wir das Stimmrechtsalter 16 einführen sollen.

Nun müssen Sie sich aber einfach einmal entscheiden, wie politisch geschult unsere Jugendlichen wirklich sind oder aber Sie verfolgen heute und hier mit Ihren Vorstössen das Ziel, die Jugendlichen für das Stimmrechtsalter 16 so fit zu machen, damit danach dies wiederum für Sie als Argument dient. So quasi die Jugendlichen werden durch uns und dank uns politisch so gut gebildet, dass sie auch abstimmen können.

Ich bin immer dafür, dass die Schülerinnen und Schüler gute Bildung erhalten, aber dieses Vorgehen des Anzugstellenden und seiner Mitunterzeichnenden ist mir nun doch zu widersprüchlich und zu durchsichtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Jo Vergeat an? Sie wird abgelehnt. Wir haben eine nächste Einzelsprecherin, und das ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Mehr Demokratie, ja wir möchten noch mehr Demokratie. Immer wieder diskutieren wir hier im Grossen Rat über Vorstösse, die zur Stärkung unseres demokratischen Systems beitragen sollen. Kürzlich haben wir hier mehrere Stunden über die Einführung des Einwohner:innenstimmrechts debattiert, eine Vorlage, die leider am 24. November abgelehnt worden ist. Heute steht im Zentrum der Diskussion die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie in den Schulen.

Heute stehen im Zentrum der Diskussion Jugendliche und Kinder, unsere Zukunft. Für mich ist es klar, der auf verwendete Begriff der Nachhaltigkeit findet dann seine wahre Bedeutung, wenn es uns gelingt, Jugendliche und Kinder auf dem Weg hin zu aktiven und demokratisch interessierten Erwachsenen zu unterstützen. Die Stärkung des Bewusstseins und des Verständnisses für die Grundlagen unseres politischen Systems ist eine Grundvoraussetzung dafür. In der Schweiz ermöglicht die direkte Demokratie der Bevölkerung über das Stimm- und Wahlrecht hinaus eine direkte Mitsprache bei Entscheiden auf allen politischen Ebenen.



Diese ausgebauten Möglichkeiten der Mitbestimmung sind entscheidend für ein Land, welches sich geografischer, sprachlicher und kultureller Vielfalt erfreut. Direkte Demokratie fördert die Akzeptanz der politischen Entscheide und ermöglicht in einem so diversen Land die Einheit in der Diversität. Die Vermittlung dieser Werte an junge Menschen ist dementsprechend ausschlaggebend für die Pflege und die Stärkung unserer Demokratie.

Schulen sollen ein Ort sein, an welchen demokratische und Menschenrechte, Werte und Normen vorgelebt und gelernt werden. Schulen sollen ein Ort sein, an welchen Kinder und Jugendliche ein Demokratiebewusstsein und ein respektvolles Miteinander erlernen. Nur wer weiss, was unsere Demokratie ausmacht und welche Rechte ihr oder ihm zustehen, kann er oder sie ein wahrer Handwerker der Demokratie oder eine wahre Handwerkerin der Demokratie Wert.

Vor einiger Zeit habe ich gehört, dass politisches Engagement reifen soll, so wie ein guter Schweizer Käse. Ja, die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie in unserem Kanton bietet in diesem Sinne einen wirksamen nachhaltigen Anschluss für das politische Interesse der Kinder und Jugendlichen. Er ist ein wichtiger Schritt zur Förderung einer aktiven und lebendigen Demokratie.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die politische Bildung und die Stärkung der Demokratie ist auch der Fraktion Mitte/EVP ein grosses Anliegen. Trotzdem lehnen wir diesen Vorstoss ab. Warum?

Es ist bereits Auftrag der Volksschulen, politische Bildung zu fördern. So steht im Lehrplan 21 zum Beispiel zum Fach Räume Zeiten Gesellschaft RZG, die Schülerinnen und Schüler können die Schweizer Demokratie erklären und mit anderen Systemen vergleichen. Im Rahmen dieses Fachs lernen die Schüler:innen auch wesentliche Demokratisierungsprozesse in historischer Perspektive kennen und so auch den Wert der Demokratie schätzen.

Aber auch ausserhalb von RZG geschieht die Vermittlung von Kompetenzen im Bereich politische Bildung und wird das Verständnis für den Wert demokratischer Mitwirkung bereits auf vielfältige Weise geweckt. An der Sekundarschule wird zum Beispiel im Deutschunterricht vieler Klassen debattiert. Dabei werden neben politischen Themen im engeren Sinn auch eher dem Schüleralltag naheliegende Fragen wie «Sollte an den Schulen ein Handyverbot gelten» diskutiert. Wesentlich ist dabei vor allem, dass die Schüler:innen beide Positionen zu solchen Fragen vorbereiten müssen, da ihnen für die Debatte eine Position zugewiesen wird. Sie lernen also nicht nur das Recherchieren und argumentieren, sondern auch verschiedene Perspektiven und Haltungen zu verstehen, sich in die gegnerische Position zu versetzen, was in einer Demokratie zweifellos eine grundlegende Kompetenz darstellt.

Besonders nachhaltig sind die an vielen Schulen eingerichteten Mitwirkungsmöglichkeiten für die Schüler:innen. Klassen wählen zum Beispiel Delegierte, welche zu schulischen Themen die Meinung in der eigenen Klasse abholen und diese an einem Schülerparlament oder einem ähnlichen Gefäss vertreten. Oder Schüler:innen können in einem neu erstellten Primarschulhaus bei der Gestaltung von gemeinsam genutzten Flächen im Schulhaus mitreden. So erfahren sie den Wert der Möglichkeiten, an der Gestaltung des Umfeldes mitwirken zu dürfen.

Dies sind nur Ausschnitte dessen, was an den Volksschulen zur Förderung der politischen Bildung und damit Demokratie vermittelt wird. Ja, und manche Lehrpersonen nutzen mit ihren Klassen Angebote wie den im Vorstoss genannten Politbaukasten, und tatsächlich könnte eine Schule auch einen Thementag Demokratie durchführen. Nur, wir sind als Grosser Rat die gesetzgebende Behörde und sollten weder den Lehrplan schreiben noch die Unterrichtsvorbereitung für die Lehrpersonen übernehmen. Die Schulleitungen und Kollegien sollten in der Umsetzung des Lehrplans die Freiheit haben, Formen zu wählen, die für ihre Schüler:innen und den Schulstandort eben passen. Wenn wir für alle uns wichtig erscheinenden Themen Spezialtage und Spezialwochen beschliessen, wird der Gestaltungsraum für die Lehrpersonen immer kleiner und irgendwann fehlt die Zeit auch eine normale Unterrichtswochen zu haben, um Nebensächlichkeiten wie Mathematik, Deutsch und andere Fächer zu unterrichten.

Darum wird die Fraktion Mitte/EVP gegen die Überweisung stimmen und ich wünsche mir das auch von Ihnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Dieser Anzug stellt eine sinnvolle Ergänzung unseres Bildungsangebots dar. Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil unseres Bildungsauftrags und dennoch sehen wir in der Umsetzung bislang auch Defizite, insbesondere wenn es darum geht, den Schülerinnen und Schülern die direkte Demokratie als Kernstück unseres politischen Systems näherzubringen. Ein solcher Thementag bietet eine kompakte und zielgerichtete Möglichkeit, Kinder und



Jugendliche nachhaltig für unsere politische Kultur zu sensibilisieren. Die direkte Demokratie, die uns als Gesellschaft die Möglichkeit gibt, aktiv an der Gesetzgebung teilzunehmen, muss erlebbar gemacht werden. Die frühzeitige Auseinandersetzung mit Themen wie Abstimmungen, Petitionen, Initiativen und Referenden stärkt nicht nur ein Verständnis für unsere politischen Prozesse, sondern legt auch den Grundstein für eine aktive mündige Bürger:innenschaft.

Der Anzug schlägt vor, auf bestehenden Angebote wie den Politbaukasten zurückzugreifen. Das ist ein guter Ansatz, denn der Politbaukasten bietet bereits bewährte, altersgerechte und praxisorientierte Materialien, die flexibel genutzt und weiterentwickelt werden können. So können Inhalte durch Rollenspiele, Diskussionen oder Exkursionen vermittelt werden, ohne dass zusätzliche administrative Hürden für die Lehrpersonen entstehen.

Der zentrale Punkt ist die Berücksichtigung der bereits hohen Arbeitsbelastung der Lehrpersonen. Der Thementag soll deshalb so gestaltet werden, dass er flexibel in den Unterrichtsalltag integriert werden kann und nicht als zusätzlicher Aufwand empfunden wird. Indem Lehrpersonen selbst entscheiden können, wie stark sie sich in die Gestaltung einbringen, bleibt der Fokus auf einer praktikablen Umsetzung. Ein weiterer Vorteil des Vorschlags ist die geplante Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungsinitiativen. Diese Kooperation ermöglicht es, wertvolle Expertise und Ressourcen in die Gestaltung des Thementags einzubringen, wodurch dessen Qualität und Effektivität gesteigert wird.

Die Einführung eines Thementags zur direkten Demokratie ist mehr als nur ein symbolischer Akt. Es ist ein wichtiger Schritt, um das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft unserer jungen Generation zu fördern. Wir alle wissen, Demokratie lebt vom Mitmachen, und das muss früh gelernt werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des GAB diesen Anzug zu unterstützen und zu überweisen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht nur die Grundlagen unsere Demokratie verstehen, sondern auch die Begeisterung dafür entwickeln, diese aktiv mitzugeschalten. Und dann dürfen wir sie vielleicht auch mal in unseren Reihen begrüßen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen. Den Anzug braucht es wirklich nicht. Wichtig ist, dass die Wahlbeteiligung erhöht wird. Auch gut, dass Andrea Strahm gesagt hat, sie lehnt das ab. Und an alle, bitte ein bisschen kürzer reden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Laurin Hoppler das Wort.

Laurin Hoppler (GAB): Mit diesem Anzug und dem Votum möchte ich eine Lanze brechen für die politische Bildung und die Zukunft unserer Demokratie. Die direkte Demokratie ist eines der zentralen Elementen unserer Gesellschaft und ein Grundpfeiler unseres politischen Systems. Aber sie lebt davon, dass Menschen sie verstehen, sie schätzen und auch aktiv nutzen.

Diese Verantwortung fängt nicht erst bei der ersten Stimmabgabe an, sondern viel früher, nämlich als Kind und darum eben auch in der Schule. Vor ein paar Wochen durfte ich wieder einmal am PolitKids-Anlass des Kinderbüros teilnehmen, wo jeder von uns regelmässig eingeladen wird. Und an dieser Stelle kann ich es nur empfehlen, dort einmal teilzunehmen. In meiner Gruppe ging es darum, dass die Kinder mehr Mitbestimmungsrecht haben wollen und wie sie mehr Teil unserer gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse werden können.

Die Aussage eines Kindes lässt mich irgendwie nicht mehr los. Es hat gesagt. «Es würde ja schon mega helfen und es wäre mega schön, wenn wir einfach mehr informiert wären und mehr Informationen hätten, was gerade so passiert, denn dann würden wir uns mehr als Teil der Gesellschaft fühlen. Und das wäre schön.» Mich hat das noch einmal sehr bestärkt darin, dass der Vorstoss und das Ausbauen und Pflegen der Demokratiebildung wichtig ist. Schaut man über den Tellerrand hinaus in andere Länder, so sieht man sehr gut, wie wichtig Bildung und der Zugang zu Informationen und der Umgang mit Informationen ist, ein sehr wichtiges Instrument, um unsere direkte Demokratie zu pflegen.

Das Kinderbüro, das Formate wie PolitKids und PolitTeens anbietet, zeigt, wie erfolgreich solche Angebote sind. Die Programme sind nicht nur bei den Schüler:innen, sondern eben auch bei den Lehrpersonen sehr beliebt. Sie bieten eine grossartige Möglichkeit, die Kinder und die Jugendlichen altersgerecht über die Grundlagen unserer Demokratie zu informieren.

Der von mir vorgeschlagene Thementag für die direkte Demokratie ist ein kleiner Schritt, dass Schüler:innen während ihrer gesamten Schulzeit regelmässig und eben jedes Mal altersgerecht mit der Demokratie und den politischen Themen in Kontakt kommen. Mir geht es nicht darum, ein aufwendiges Angebot und ein meganeues Angebot zu schaffen, sondern dass



man eben genau die bereits bestehenden Institutionen, die solche Angebote anbieten, nutzt und mit ihnen gemeinsam so einen Tag durchführt. Mir ist es wichtig zu sagen, dass es nicht an den Lehrpersonen hängenbleiben darf und bei ihnen ein grosser Mehraufwand entstehen darf. Es sollte ihnen eher eine Hilfe sein, genau den Auftrag, der im Lehrplan 21 bereits steht, eben auch wirklich umzusetzen und diese Themen zu behandeln

Ich habe mich eben für den Thementag entschieden, weil ich der Überzeugung bin, dass das ein unkomplizierter Weg ist und eine Regelmässigkeit mit sich bringt. Und das Ziel ist, dass man sich mit dieser Regelmässigkeit jedes Mal auf der altersgerechten Weise mit dem Thema befasst und so eine Entwicklung stattfinden kann. Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren und das funktioniert am besten, wenn man regelmässig mit einem Thema in Kontakt kommt und man sich damit befassen muss. Gerade in einer Zeit von plus/minus 60 Prozent Stimmbeteiligung ist es wichtig, dass wir möglichst früh dafür sensibilisieren, dass unser politisches System genutzt und gepflegt wird. Die Demokratiebildung fängt in der Schule an und ist essenziell für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Und darum bitte ich Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Jenny Schweizer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005303, 19.12.24 10:01:34]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wurde überwiesen mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Anzug 14 Georg Mattmüller und Konsorten betreffend bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen

[19.12.24 10:01:47, 24.5263.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird nicht bestritten und es wird kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



37. Anzug 15 Fleur Weibel und Konsorten betreffend niederschwellige und zeitgemässe Informationen für alle Familien

[19.12.24 10:02:10, 24.5264.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Bestritten wird dies durch Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Die SVP bittet Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Gerade im Thema Familien- auch wir sind für Familien, und nur weil wir das jetzt ablehnen, sind wir nicht dagegen -, und im Thema Geburten bin ich auch etwas involviert. Da holt man sich halt auch Informationen, die man noch nicht hat, bei Freunden und Bekannten, die schon eine Familie gegründet haben. Ob da jetzt der Kanton der beste Anspruchspartner ist, das bezweifeln wir und es ist ja auch so, dass es nicht machbar ist, für jede Frage irgendeinen Link aufzuschalten. Ich glaube, die Informationen, die man bereits holen kann, reichen, und die anderen holt man sich halt noch persönlich bei Freunden.

Balz Herter (Mitte-EVP): Lea Wirth hat sich als Sprecherin eingetragen.

Lea Wirz (GAB): Seit dem Einreichen des vorliegenden Anzuges ist einige Zeit verstrichen. Der Kanton hat in der Zwischenzeit einen neuen Webauftritt erhalten, was grundsätzlich als positiv zu bewerten ist. So ist beispielsweise die im Anzug angesprochenen teilweise sehr triste Bildgebung auf gewissen Seiten etwa im Zusammenhang mit der Adoption verschwunden. Allerdings zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass wesentliche Herausforderungen, die der Anzug anspricht, weiterhin bestehen. Die Navigation und Themenfindung sind auf der Website je nach Inhalten nach wie vor kompliziert und teilweise wenig benutzer:innenfreundlich.

Die auf der Website präsentierten Inhalte in Bezug auf Themen rund um Familie sind fragmentiert und folgen der Logik der Verwaltungsstruktur und den Zuständigkeiten in der Verwaltung. Suche ich als Laie beispielsweise nach Informationen zur Adoption, finde ich in den Themen, welche mir eigentlich helfen sollten, mich besser zurechtzufinden, nirgends eine Angabe dazu. Auch wenn ich über die Organisation gehe und beispielsweise beim JSD Einsteige, wo das Zivilstandesamt angegliedert ist und ich Themen rund um Geburt, Kindsanerkennung etc. finde, finde ich keine entsprechenden Informationen. Nein, dazu muss ich wissen, dass das ED für das Verfahren rund um eine Adoption zuständig ist.

Es fehlt daher trotz neuem Webauftritt weiterhin an einer klaren, übersichtlichen Struktur, die alle Themen von Geburt über Elternschaft bis hin zu Erziehungsfragen bündelt. Zudem sind zentrale Angebote wie Familien-, Paar- und Erziehungsberatung oder Informationen zu rechtlichen Regelungen rund um die Elternschaft nicht einfach auffindbar. Gerade Familien, die in belastenden Situationen schnelle Orientierung und Unterstützung suchen, stehen somit weiterhin vor Hürden. Dieses Problem trifft insbesondere auf jene Familien zu, deren Lebensrealitäten vom klassischen Familienmodell abweichen.

Darüber hinaus spiegelt die Webseite nicht die Vielfalt moderner Familien wieder. Unterschiedliche Familienmodelle wie von Patchwork- und Regenbogenfamilien bis hin zu Alleinerziehenden werden nicht ausreichend berücksichtigt. Diese Vernachlässigung führt dazu, dass betroffene Familien sich nicht repräsentiert beziehungsweise angesprochen fühlen und die benötigten Informationen nur schwer finden.

Aus diesen Gründen braucht es weiterhin eine Plattform, die Themen rund um die Familie bündelt, die sich an der Vielfalt der Lebensrealitäten aller Familien orientiert. Diese Plattform sollte nicht nur umfassende Informationen zentral und übersichtlich bereitstellen, sondern auch durch eine ansprechende Sprache alle Familien ansprechen, die hier bei uns im Kanton wohnen. Eltern werden ist ein einschneidendes Erlebnis. Mitarbeitende von Verwaltungsstellen und externen Angeboten sollten deshalb für die Anliegen und für die Vielfalt der Familien sensibilisiert und geschult werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Diversität unserer Gesellschaft auch in der Praxis anerkannt und unterstützt wird.

Der Regierungsrat soll dazu berichten, wie er dies sicherstellen will. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des GAB, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie diese an? Sie wird angenommen.



Daniel Seiler (FDP): Sie reden einerseits von Vielfalt und haben andererseits das Gefühl, diese könne auf einer Plattform für die ganze Region abgebildet werden. Wie stellen Sie sich das vor?

Lea Wirz (GAB): Ich habe ganz viele Ideen, wie das aussehen könnte und bin überzeugt, die Verwaltung schafft dies auch.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Somit hat das Wort die Anzugstellerin Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GAB): Ich habe dem Votum von Lea Wirz eigentlich nichts mehr hinzuzufügen und möchte dazu beitragen, dass die Nachtsitzung im Januar vielleicht nicht stattfinden muss und danke deshalb einfach für die breite Unterstützung des Anzugs.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005306, 19.12.24 10:09:17]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 65 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen und einer Enthaltung überwiesen.

38. Anzug 16 Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Einrichtung eines Gender-Medizin-Instituts in Basel-Stadt

[19.12.24 10:09:33, 24.5265.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Gender Medizin ist ein globales absolut wichtiges Thema., das ist unbestritten. Wir lernen jetzt wirklich, wie unterschiedlich wir Menschen sind je nach Geschlecht, was sich auch natürlich in den Krankheiten widerspiegelt. Ein Herzinfarkt bei einer Frau ist nicht der gleiche Herzinfarkt wie bei einem Mann, ganz andere Symptome, ganz andere Folgen. Das ist schon etwas sehr Wichtiges, das einfach zur Einleitung, damit Sie nicht meinen, hier steht ein Arzt, der gegen ein Gender-Medizin-Institut ist.

Das Problem ist, dass wir das zwar fördern wollen, aber wir wollen die Kräfte bündeln in den schon bestehenden Institutionen. Es gibt den Fokus Innovation des Unispital. Das ist ein wahnsinniges Projekt, bei dem Vieles schon sehr gut läuft, mit einer guten Vernetzung, es gibt ein Nationalfondsprojekt, das gesamtschweizerische gefördert wird mit diesem Schwerpunktthema. Wenn ich liberal denke, dann versuche ich immer zuerst zu schauen, ob es schon bestehende Institutionen oder Projekte gibt, damit wir nicht zwei-, drei- oder vierteleisig fahren und unnötig Geld ausgeben. Stellen Sie



sich doch einmal vor, was so ein Institut kostet und mit welchen Zielen und welchen Ergebnissen? Es ist ja völlig ergebnisoffen, ob das etwas bringen würde. Und darum kann ich so etwas nicht einmal als Anzug unterstützen.

Das Kosten-Nutzen -Verhältnis ist sehr wichtig. Natürlich kann man mal anfragen, aber man könnte sich auch vorher informieren, wo man da steht. Es sind laufende Projekte. Vielleicht wäre es sinnvoll, in diese Projekte noch etwas mehr Geld zu bringen und diese zu unterstützen, anstatt dies doppelt oder dreifach laufen zu lassen.

Darum lehnen wir Liberale das wirklich ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Beat K. Schaller von der SVP.

Beat K. Schaller (SVP): Ich rede hier nicht nur zum Anzug Trevisan, sondern gerade auch zu den Anzügen Gölgei und Eberhard. Diese drei Anzüge haben wir ein gemeinsames Thema, das Thema der frauenspezifischen Medizin und sie nehmen damit ein berechtigtes Thema auf.

Ich kann hier meinem Vorredner sehr wohl beipflichten, ein Thema, für welches sich in den medizinischen Disziplinen in letzter Zeit deutliche Zeichen gezeigt haben, dass es sich bei diesem ganzen Themenkomplex um mehr als nur die rein biologisch begründeten Unterschiede zwischen Mann und Frau handelt. Ich betone also ausdrücklich, dass wir seitens SVP die Fragestellung dieser drei Anzüge legitim finden. Wir stellen einfach die Frage in den Raum, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, diesen Fragen nachzugehen.

Allen drei Anzügen gemeinsam ist der Ruf nach Forschung. Und dieser Ruf ist richtig. Das hat auch der Bund erkannt und mit dem nationalen Forschungsprojekt 83 namens Gendermedizin und Gesundheit entsprechende Forschungen ausgelöst. Das Projekt hat einen Finanzrahmen von 11 Millionen und hat zum Ziel, «in der Schweiz eine Evidenz basierte Wissensgrundlage für die Berücksichtigung der Dimension Geschlecht und Gender in den Bereichen Gesundheitsforschung, Medizin und Public Health zu schaffen».

Das ist also sehr wohl deckungsgleich mit diesen drei Anzügen, die ja im Wesentlichen das gleiche verlangen. Und bevor wir hier konkrete Massnahmen ergreifen, ist es unseres Erachtens zu früh, um konkrete Massnahmen seitens Kanton auszulösen.

Ich zitiere ein paar Auszüge aus den Anzügen. Anzug Trevisan: «Forschungsprojekte, Evidenz basierte Umsetzung der Erkenntnisse». Aus dem Anzug Gölgei: «Die finanziellen infrastrukturellen Voraussetzungen». Anzug Eberhard: «Schliessung der bestehenden Forschungslücken». Das sind alles legitime Fragen, die im NFP 83 erforscht werden, aber bevor wir hier Aktionen auslösen, müssen wir zuerst Ergebnisse haben. Bevor wir zum Beispiel Forschungslücken schliessen können, müssen überhaupt erst Forschungsergebnisse vorliegen. Und es erschliesst sich auch der SVP nicht, weshalb unser Kanton jetzt die gleichen Forschungen machen soll wie der Bund. Wenn die Ergebnisse der NFP vorliegen, dann ist es der richtige Moment, diese drei Anzüge mit den dazumal aktualisierten Ergebnissen wieder aufs Tapet zu bringen.

Deshalb namens der SVP bitte ich Sie, den vorliegenden Anzug sowie die Anzüge Gölgei und Eberhard vorerst nicht zu überweisen und dann auf die Resultate des Forschungsprogramms 83 zu reagieren. Ich bestreite die Überweisung dieses Anzugs.

*Balz Herter (Mitte-EVP):*Nächste Sprecherin ist Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ich möchte einiges, was Raoul Furlano vorher schon angedeutet hat, noch mal verdeutlichen. Ein Stechen in der Brust, Schmerzen im linken Arm, die ausstrahlen, kalter Schweiß, das sind bekannte Anzeichen für einen Herzinfarkt. Betroffene oder Angehörige reagieren meist sofort und rufen die Ambulanz. Aber würden Sie das auch bei Übelkeit, Schulter- und Kieferschmerzen tun? Die Statistik zeigt Nein. Doch genau das sind bei Frauen typische Symptome für einen Herzinfarkt. Frauen werden daher im Schnitt erst zwei Stunden später in eine Klinik eingewiesen als männliche Herzinfarktpatienten, und selbst dort werden ihre Symptome oft nicht erkannt. Und das ist nur ein Beispiel. Aber viele Krankheiten können sich bei Männern und Frauen unterschiedlich zeigen, und die Wirkung von Medikamenten wirken sich dementsprechend auch anders aus, weil eben immer noch am männlichen Körper vorwiegend geforscht wird.

Und dennoch wird in der medizinischen Forschung und Praxis oft immer noch der männliche Körper als Massstab angesehen, was zu einer unzureichenden Behandlung und Gesundheitsversorgung von Frauen führt. Dies hat auch der Bund erkannt, das haben wir auch gehört, und hat gehandelt. Der Bundesrat hat vier neue nationale Forschungsprogramme ins Leben gerufen, und eines davon befasst sich mit Gender Medizin, das nationale Forschungsprogramm Gender Medizin und Gesundheit. Das wird vom Bund mit einem Budget von 11 Millionen Franken gefördert und zielt darauf,



Wissensgrundlagen für die Berücksichtigung von Geschlechts- und Gender Aspekten in der medizinischen Forschung und in der Gesundheitsversorgung in der Schweiz zu schaffen.

Der Kanton Basel-Stadt trägt als wichtiger Forschungs- und Bildungsstandort in der Schweiz eine grosse Verantwortung für die gleichberechtigte medizinische Versorgung, Forschung und Prävention. Und der Regierungsrat hat 2022 in seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Jessica Brandenburger zu dieser Thematik betont, dass dieses Thema in der medizinischen Forschung und Versorgung bis anhin vernachlässigt wurde.

Wir sind überzeugt, dass es nun Zeit ist, diesen Missstand zu beheben und eine gerechte sowie effektive medizinische Versorgung für alle Geschlechter sicherzustellen und schlagen eben deshalb die Gründung dieses Gender Medizin Instituts in Basel-Stadt vor, damit dieser Forschungsbereich aktiv unterstützt und ermöglicht werden kann. Und es ist ein Anzug. Wenn Sie sagen, Raoul Furlano, es passiere schon viel, es gebe Innovationsprojekte, in denen dieses Thema auch berücksichtigt wird, dann sagen wir ja, das ist gut. Wir denken aber, dieses wichtige Thema verdient auch ein eigenes Institut, denn wir sind total im Rückstand und es ist wichtig, jetzt wirklich entsprechend zu handeln.

Ich bedanke mich für die Überweisung.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird entgegengenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Sie haben am Anfang mit der Klinik angefangen, haben von den verschiedenen Symptomen gesprochen. Denken Sie nicht, dass wir als Professoren in der Medizin auch zuständig sind für die Ausbildung Richtung Gender Medizin und dass es dafür kein Forschungsinstitut braucht?

Nicole Amacher (SP): Ich spreche Ihnen die Verantwortlichkeit als Professor nicht ab. Ich denke aber, wenn mehr Wissen da ist, was Sie vermitteln können an Ihre Studentinnen und Studenten, ist das sehr vorteilhaft auch für Sie.

Balz Herter (Mitte-EVP): Fleur Weibel hat sich als Sprecherin gemeldet.

Fleur Weibel (GAB): Dass die SP drei Anzüge zum Thema Gender Medizin eingereicht hat, kann man unterschiedlich einschätzen, man hätte die vielleicht auch mehr bündeln können. Gleichzeitig zeigt dies aber auch, welche Leerstellen wir hier nach wie vor haben und wie wichtig das Thema ist. Und deshalb teile ich die Einschätzung der SVP beispielsweise, dass es noch nicht Zeit wäre, sich jetzt mit dem Thema auseinanderzusetzen, nicht.

Wir unterstützen selbstverständlich die drei Anzüge, wobei bei dem Gender-Medizininstitut schon auch sich zu überlegen wäre, wie man das in Basel-Stadt umsetzen möchte, ginge es vielleicht auch darum, sich über einen Lehrstuhl Gedanken zu machen, wie der bereits jetzt an der Universität Zürich geschaffen wurde oder über diese Einheit, die es an der Uni Lausanne gibt, und dass hier auch Kooperationen zwischen den Universitäten stattfinden können.

Ich würde der Regierung zutrauen, dass sie die Anliegen so erkennt und weiterbehandeln wird und ich glaube gerade auch im Curriculum in der Ausbildung wird im Moment noch zu wenig ausgebildet, zumindest wie ich das vor ein paar Jahren mitbekommen habe. Man müsste das einfach weiter fördern und deshalb werden wir auch diesen Anzug unterstützen und geben der Regierung mit, wirklich auch in Zusammenarbeit mit der Universität Basel zu überlegen, wie dieses wichtige Thema in Zukunft gefördert werden kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Edibe Gölgeli das Wort.

Edibe Gölgeli (SP): Herzlichen Dank für diese Diskussion. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das Thema eine gewisse Notwendigkeit hat. Auf Bundesebene haben wir positive Signale erhalten. Am 2. Juni 2023 wurde durch den Bundesrat mit der Einrichtung des nationalen Forschungsprogramms Gender Medizin und Gesundheit mit einem Budget von 11 Millionen Franken Wissensgrundlagen geschaffen. Aber vielleicht noch einmal zu Beat K. Schaller: Es ist natürlich schon so, auch in der Postulatsbeantwortung wird darauf hingewiesen, dass die Wichtigkeit, die Kantone in Verantwortung zu nehmen, auch relevant ist. Ich möchte mir nicht anmassen, als Betriebsökonomin irgendwelche Forschungsdetails hier in die Debatte einzubringen, aber als Politikerin die Verantwortung wahrzunehmen, dass es auch ein politischer Auftrag ist. Raoul Furlano,



ich habe mich selbstverständlich mit einigen Organisationen aus der Forschung ein bisschen auseinandergesetzt und Informationen geholt und auch akut erkannt, dass wir auch in der Politik hier einen Auftrag platzieren müssten.

Deswegen ist es ein Anzug. Ich bitte Sie auch die weiteren Anzüge anzunehmen und zu überweisen – den von Amina Trevisan haben Sie ja bereits schon stillschweigend überwiesen. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, meine Kollegin Jessica Brandenburger hat ja schon eine schriftliche Anfrage gestellt. Die Regierung hat sich auch dort geäussert, dass sie diese Bestrebungen wahrnehmen und sie sich das vorstellen können. Es ist jetzt nicht in Stein gemeisselt, ob das eine Institution in dieser Form ist, aber irgendwo müssen wir das fassbarer machen und den Kanton in die Pflicht nehmen. Dementsprechend wünsche ich mir, dass wir heute alle drei Anzüge überweisen, wir dann konkret einen Vorschlag erhalten und dann weiterschauen können.

Balz Herter (Mitte-EVP): Es gibt eine Zwischenfrage von Raoul Furlano. Sie wird entgegengenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Sind Sie aber auch meiner Meinung, dass die Politik sich nicht ins Operationelle, in Lehrstuhlschaffungen einmischen sollte?

Edibe Gölgeleli (SP): Das ist so schwierig zu beantworten, in anderen Kantonen hat man das auch so gemacht.

Balz Herter (Mitte-EVP): Eine kleine Zwischenmeldung: Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse von «Link zum Beruf» der Gewerbeschule Basel mit Lehrperson Dominic Federer. Schön sind Sie da, herzlich Willkommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung des Anzugs Gölgeleli.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0005308, 19.12.24 10:26:46*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Der Anzug wurde mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen überwiesen.

Wir kommen somit zu Traktandum 39. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen, dies wird dies bestritten durch Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite diesen Anzug im Namen meiner Fraktion und auch der Fraktion der Liberaldemokraten. Die vom Vorstosseinreichenden genannte Begründung dafür ist für uns nicht ganz so schlüssig.

Es gibt tatsächlich ein Problem in Basel-Stadt. Das hat ja auch diese Studie gezeigt, die im letzten Jahr veröffentlicht wurde, dass nicht allen bekannt ist, welche Angebote man in Anspruch nehmen kann. Das WSU hat ja auch bereits mitgeteilt, dass man das sich überlegt, wie man das breiter bekanntmachen kann, wer überhaupt für welche Sozialleistungen im Kanton Anspruch hat. Ich glaube, das ist ein guter Weg, ein guter Schritt. Vielleicht gibt es dort dann auch Potenzial und Möglichkeiten, dass man es insgesamt vereinfacht, also beispielsweise, dass man sich nicht an ganz viele verschiedene Orte wenden muss, sondern dass man es vielleicht schafft, dass man nur einmal einen Antrag einreichen muss, der dann gleich von den verschiedenen Abteilungen und Dienststellen begutachtet werden kann, ohne dass man viele verschiedene Formulare teilweise auch nur so halb digital einreichen kann oder muss.



Einen solchen Bus, der dann quasi durch die Quartiere fährt, erachten wir als nicht zielführend. Die Kleinräumigkeit unseres Kantons spricht nicht dafür, dass es das braucht. Wir glauben, dass es auch nicht nötig ist, dass man die Angebote quasi in den Quartieren, oder wie es der Anzugsteller nennt, «bei den Leuten» bekannter macht, sondern dass man wirklich schaut, dass die Bezugsmöglichkeiten dahingehend bekannt sind, dass jemand, der allenfalls auch Sozialleistungen benötigt, diese dann auch rasch bekommen kann durch vereinfachte Verfahren beim Kanton und nicht bei anderen Organisationen, die dann dort noch eine Beratungstätigkeit ausüben. Die Beratungsmöglichkeit ist bereits heute gut abgedeckt, auch gut bekannt dort.

Probleme sehen wir insofern, dass es oft für die Leute etwas zu umständlich daherkommt, wenn viele verschiedene Abteilungen dafür zuständig sind und der Weg zum Antrag teilweise aufwendig, wenn ich gar umständlich kompliziert ist. Deshalb würden wir eher dort ansetzen und nicht bei dieser Idee eines Busses für Basel und bitten Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

39. Anzug 17 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend “Ein Bus” für Basel

[19.12.24 10:29:56, 24.5266.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Wenn der Prophet nicht zum Berg kommt, dann muss der Berg zum Propheten kommen. Eine wichtige Möglichkeit ist es, wenn man zu den Menschen hinget, zum Beispiel mit einem Bus, mit einer mobilen aufsuchenden Arbeit den Menschen das bekannt macht. Das GAB bittet Sie, diesen Anzug deshalb zu überbeweisen.

Vielleicht noch beziehungsweise auf Joël Thüring: Es sind ja nicht alles hippe Lastenrad fahrende Menschen, die sich überall super auskennen, sondern es gibt auch in Basel Menschen, die vielleicht nicht so einen guten Zugang haben, die sich vielleicht nicht so einfach informieren können und dann vielleicht bei einem mobilen Angebot besser abgeholt sind und vielleicht direkter abgeholt sind. Deswegen möchten wir gerne, dass der Regierungsrat dies prüft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Beda Baumgartner das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Ich bin mit vielem, was der bestreitende Kollege Joël Thüring gesagt hat, einverstanden. Ich bin auch dafür, dass man den Bezug zu Angeboten des Kantons vereinfachen soll. Ich bin auch dafür, dass man das vereinheitlichen soll. Ich bin auch dafür, dass man die Sprache entsprechend vereinfachen soll. Die Frage ist nur, ob die Angebote, wenn man das alles tut, trotzdem zu den Menschen kommen.

Und ich möchte anknüpfen an das, was Oliver Thommen gerade gesagt hat. Es geht hier ja nicht darum, ein Sozialangebot auszubauen, sondern es geht darum, die Triagefunktion, um zu den Angeboten zu kommen, auszubauen. Und wie wir beim Verein Fundus sehen, ist das bei der aufsuchenden Altersarbeit ein enorm erfolgreiches und enorm stark nachgefragtes Konzept. Das ist einfach die Realität. Das Problem ist einfach, dass viele der nachgefragten Leistungen eben nicht nach den Formularen und Webseiten funktionieren und nach der Vorstellung, dass die Leute zum Amt hingehen. Es ist ja irgendwann auch die Frage, wie wir die Angebote, die wir haben zu den Leuten bekommen. Und darum ist dieser Bus, so speziell und verkürzt er auch als Idee scheinen mag, eine mögliche Alternative, um diese Angebote unter die Leute zu bringen.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Dieser Anzug wurde bestritten von Joël Thüring. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005311, 19.12.24 10:33:40]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug mit 56 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

Ich komme damit zum nächsten Traktandum.

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Roger Stalder möchten den Anzug bestreiten.

Roger Stalder (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Im ersten Moment sieht das sehr gut aus, und wenn man es dann richtig anschaut, muss man halt schon sagen, das ist Lehrersache, das muss er können, das muss er bewältigen können.

Wir sagen sogar, dass es sehr gefährlich ist, wenn Eltern zu anderen Eltern Elterngespräche führen gehen sollen. Wie soll denn das aussehen? Welche Fähigkeiten müssen Eltern mitbringen, um mit anderen Eltern über heikle Themen sprechen zu können?

Darum denken wir, dass das keine Entlastung für Lehrer ist, sondern eine klare Belastung. Darum bitten wir Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

40. Anzug 18 Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Entlastung der Lehrpersonen durch «Supportteams Elternarbeit»

[19.12.24 10:35:00, 24.5267.01]

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Wir finden auch, es führt eher zu mehr Arbeit und nicht zu weniger. Die Grünliberalen teilen die Einschätzung des Anzugsstellenden, dass die Elternarbeit an den Volksschulen zunehmend anspruchsvoller wird, insbesondere für die Klassenlehrpersonen. Wir stimmen ebenso zu, dass diese entlastet werden sollen, da der organisatorische und kooperative Aufwand im Team nicht zuletzt durch die integrative Schule stark zugenommen hat.

Die Elternarbeit ist aber ein zentraler Bestandteil des pädagogischen Auftrags und Verantwortung der Lehrperson und soll nicht delegiert werden. Die Zusammenarbeit mit den Eltern schafft, eine Brücke zwischen schulischen Lernen und dem familiären Umfeld, was besonders für Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen von grossem Wert ist.

Eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Eltern und Lehrpersonen ist denn auch entscheidend für den schulischen und persönlichen Erfolg der Schülerinnen und Schüler. Nur so kann eine ganzheitliche Förderung sichergestellt werden. Wo zusätzlicher Support erforderlich ist, stehen bewährte Strukturen wie die Schulsozialarbeit oder das Programm Brückenbauerinnen des Heks zur Verfügung. Diese interkulturellen Vermittler und Vermittlerinnen stärken Väter und Mütter in ihrer Rolle und unterstützen Eltern mit Migrationshintergrund, die weniger Kenntnisse über unser Bildungssystem haben und/oder nicht über die nötigen Ressourcen oder Informationen verfügen, um ihre Kinder auf deren Entwicklungsweg bestmöglichst zu begleiten.

Eine Lanze brechen möchten wir Grünliberalen auch für die Delegierten im Elternrat und ebenso in den Schulräten. Sie sind in ihrer Funktion ebenso wichtige Ansprechpersonen für Eltern und aber auch für die Lehrpersonen. Ihre Funktion darf ruhig weiter gestärkt werden. Das Einführen von zusätzlichen Support-Teams führt hingegen paradoxerweise nur dazu, den Koordinationsaufwand für Lehrpersonen weiter zu erhöhen, was deren Arbeitsbelastung in der Folge verstärkt, aber eben nicht vermindern würde. Eine wirksame Entlastung bestünde darin, den administrativen und organisatorischen Aufwand zu verringern und Klassenlehrpersonen mehr zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie ihrer pädagogischen



Arbeit voll gerecht werden können. Dies würde die Qualität des Unterrichts und die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler einschliesslich der Elternarbeit deutlich verbessern. Eine Ausweitung der bereits bestehenden Entlastung für Klassenlehrpersonen wäre denn auch ein Ansatz, den wir unterstützen könnten.

Wir empfehlen aus dargelegten Gründen, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Nicole Kuster-Simon.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die LDP anerkennt die Belastung der Lehrpersonen und der Schulen. Es braucht Verbesserungen, über die wir mit dem Massnahmepaket integrative Schule bereits entschieden haben. Ich bin zuversichtlich, dass diese Massnahmen neue Ressourcen bringen und die Lehrpersonen entlasten.

Die vorgeschlagenen Support-Teams sind jedoch weniger zielführend. Nach unserem Erachten sind diese in der Praxis nur schwer umsetzbar. Grundsätzlich schenken Eltern den Lehrpersonen ihr Vertrauen, weil diese die Kinder aus dem Alltag kennen und aufgrund ihres Fachwissens gut einschätzen können. Eltern vertrauen den Lehrpersonen und wollen nicht mit Support-Teams reden, die ja nicht die Hauptansprechperson der Kinder sind. Zudem müsste das Wissen der Support-Teams wieder zurück zu den Lehrpersonen gelangen. Dieser Wissenstransfer birgt die Gefahr von Vergessenem und Unvollständigem.

Es scheint, dass hier ein Mehraufwand generiert wird, welcher nicht von einem signifikanten Mehrwert profitieren kann. Entsprechend lehnt die LDP den Anzug ab.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für den Regierungsrat hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Es ist eine Tatsache, dass die Elternarbeit aus Sicht der Lehrpersonen aufwendiger und anspruchsvoller geworden ist. Die Schulen haben in den letzten Jahren neue Betreuungs- und Erziehungsaufgaben übernommen. Die Schulen sehen sich auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen konfrontiert. Mit diesen neuen Anforderungen verändern sich auch die Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Eltern und somit der Auftrag der Lehr- und Fachpersonen.

Die Anzugsstellen schlagen vor, spezifische mehrsprachige Support-Teams einzurichten, welche die Lehrpersonen bei der Zusammenarbeit mit den Eltern entlasten und ihnen gezielt einen Teil dieser Arbeit abnehmen können. Der Aufbau einer neuen, separaten Organisation, die zwischen den Fachstellen, den Fachexpertinnen und -experten, den Lehr- und Fachpersonen sowie den Eltern vermitteln soll, ist aus unserer Sicht keine gute und auch keine praktikable Lösung. Es ist unklar, in welchen Bereichen und mit welchen Leistungen solcher Teams die Lehrpersonen konkret entlasten könnten. Der Aufwand für Absprachen und Koordination wäre voraussichtlich sehr hoch. Würden zudem für solche Teams Ressourcen verwendet, die heute bei den Schulen und an Fachstellen eingesetzt werden, würden wir die bestehenden eingespielte und gut funktionierende Zusammenarbeit schwächen.

Das ist nicht im Interesse der Schulen und Eltern. Die Elternarbeit gehört zum Kernauftrag einer Lehrperson. Diese Aufgabe ist grundsätzlich nicht an andere delegierbar. Den Schulen stehen viele Informations-, Beratungs- und Begleitangebote zur Verfügung, welche von Fachstellen des Erziehungsdepartements und von anderen Departementen bereitgestellt werden. Beispielsweise können ihr Lehrpersonen, wie der Anzug erwähnt, Dolmetscherdienste in Anspruch nehmen. Bei Konflikten kann die Schulsozialarbeit beigezogen werden und unterstützen.

Die Anzugsstellenden fragen, ob Verfahren vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden können. Aus unserer Sicht sind Support-Teams mit unklarem Auftrag an einer gut funktionierenden Schnittstelle nicht geeignet, diesbezüglich etwas zu bewirken. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, diesen Ansatz nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Ich kann gut verstehen, was Christian Moesch mit seinem Anzug bewirken möchte, eigentlich ein sehr gutes Anliegen, Lehrpersonen entlasten, aber der Vorschlag, wie das geschehen soll, den kann ich gar nicht unterstützen.

Ich arbeite in einem Kindergarten und ich probiere Ihnen das mal ein bisschen plastisch darzustellen. Die Zusammenarbeit mit Schüler:innen und Eltern können Sie sich wie ein Dreieck vorstellen. In jeder Ecke ist eine Person, also hier die



Lehrperson hier die Schülerin oder der Schüler und hier die Eltern, und in jede Richtung müssen die Informationen fliessen, und in jede Richtung muss auch eine Beziehung stattfinden, weil Elternarbeit ist Beziehungsarbeit. Wenn eine Richtung gestört ist, dann funktioniert das Dreieck nicht mehr. Vor allem in der obligatorischen Schulzeit ist dieses Dreieck extrem wichtig. Sobald die obligatorische Schulzeit abgeschlossen ist, ist die eine Ecke, die der Eltern, nicht mehr so wichtig, weil dann die Schülerinnen und Schüler mündig sind, für sich selber verantwortlich.

Wenn jetzt da ein Support-Team hinzukommt, dann wird es entweder zu einem Viereck, das heisst eine Ecke ist nicht mehr verbunden, das wird dann kompliziert, oder das Support-Team ist dann irgendwie in der Mitte und dann wird das auch kompliziert. Diese Idee geht nicht ganz auf.

Es ist wichtig, dass ich die Eltern oder die Erziehungsberechtigten kenne. Im Kindergarten sind das eigentlich die Personen, die ich jeden Morgen an der Türe sehe. Wenn ich nicht weiss, was zu Hause los ist, dann weiss ich auch nicht, was mit den Kindern los ist. Es ist für mich zentral, dass ich die Eltern und auch die Erziehungsberechtigten kenne, denn wenn ich weiss, was zu Hause los ist, dann weiss ich auch was mit den Kindern los ist, dann kann ich die Situation besser einschätzen. Wenn jetzt diese Elternarbeit an eine andere Person übertragen werden soll, dann ist ein Teil dieser Elternarbeit ausgelagert, dann sehe ich mehr Probleme als Lösungen.

Jetzt sollen da zusätzliche Personen installiert werden, die dann irgendwie über diese Lehrperson hinweg arbeiten sollen. Wie stellen Sie sich das vor? Ich habe ein bisschen das Gefühl, Christian Moesch ist in ein Lehrerzimmer gesessen und hat während einer Pause zugehört, wie die Lehrer halt so ein bisschen geschnödet haben. Ja, das machen wir in der Pause, aber wer macht das nicht? Ich glaube, da haben Sie irgendwie etwas falsch aufgenommen.

Die Elternarbeit kann mühsam sein, aber das ist wirklich nicht der mühsamste Teil der Lehrpersonenarbeit, und das ist wirklich auch nicht der Teil, der ausgelagert werden soll, weil sie ist ein zentraler Teil und ich glaube nicht, dass das eine gute Idee ist, weil diese Beziehung muss aufgebaut werden und es ist zentral, dass die Lehrpersonen das selbst machen.

Ich frage mich auch, wie das dann laufen soll, wenn es die Lehrperson dann selbst braucht. Bei einem Elterngespräch sitzt dann dieses Support-Team auch beim Elterngespräch dabei? Machen wir dann einfach riesig lange Tische und dann sitzen da 5 Personen? Also ich weiss nicht, ich finde das kompliziert. Und dann hatten wir gestern die Budgetdebatte, bei der von bürgerlicher Seite der Vorwurf kommt, der Staat wachse ständig, wir müssen Stellen abbauen, und jetzt wollen Sie Support-Teams einführen und noch mehr Staatsstellen schaffen? Ich glaube, das ist keine gute Idee.

Es klingt für mich einfach kompliziert. Es klingt für mich nicht sinnvoll, ich muss meine Schüler:innen und ihr Zuhause und ihre Familien kennen. Darum bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Somit hat der Anzugsteller Christian Moesch das Wort.

Christian C. Moesch (FDP): Vielen Dank für die Boten. Wenn man diese einzelnen Voten hört oder auch die Begründungen, weshalb vielleicht ein Anzug nicht so eine gute Idee ist, kommt man irgendwann zum Schluss, dass man sich je nachdem auch anders besinnen könnte. Die Grundidee war ja, wie man die Eltern beziehungsweise die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrpersonen verbessern kann, welche Möglichkeiten es da gibt. Da kam natürlich am Schluss die Idee auf mit diesen sogenannten Support-Teams, welche Möglichkeiten oder welche Tätigkeiten oder Aufgaben, die zwischen den fremdsprachigen Eltern und den Lehrpersonen übernehmen könnten, um die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten.

Letztendlich geht es natürlich darum, dass die Lehrer am Ende ihren Grundauftrag wahrnehmen können und so gut wie möglich. Wenn da mögliche Unterstützung durch Support-Teams machbar ist, hätten wir gedacht, dass das ein Ansatzpunkt wäre, um etwas Neues aufzugleisen. Ich bin aber durchaus offen, wenn andere Ideen bestehen, dass man das wieder aufnehmen kann und hier ebenfalls mit neuen Ideen auch einen weiteren Vorstoss bringen kann.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 74 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005314, 19.12.24 10:49:00]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 74 Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

41. Anzug 19 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Haus der Vereine in Basel

[19.12.24 10:49:15, 24.5268.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Roger Stalder.

Roger Stalder (SVP): Auch hier bittet Sie die SVP, den Anzug nicht zu überweisen. Was in Riehen ja gut und eine tolle Sache sein mag, will man jetzt in allen Quartieren in Basel-Stadt auch machen. Ich wohne in einem Quartier, wo es genug Möglichkeiten gibt, um Räumlichkeiten zu mieten. Sehr wahrscheinlich kosten sie zum grössten etwas, der Unterhalt von einem solchen Raum kostet halt auch. Das ist halt einfach so. Wir sind da nicht der Meinung, dass das jetzt in jedem Quartier braucht, weil es schon Möglichkeiten gib.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Wir vom GAB unterstützen den Anzug von Michela Seggiani zur Abklärung eines Hauses der Vereine. Ich glaube, wir anerkennen alle die vielfältigen und grosszügigen Ehrenämter, die geleistet werden in dieser Stadt, und ich persönlich kenne von der Fasnacht über die Sportvereine bis zu Musikvereinen eigentlich kaum Vereine, die nicht die Problematik haben, nur schon Sitzungszimmer zu mieten. Ich glaube, wir könnten hier auch ein Potenzial erkennen für die Förderung, die Vernetzung und für die Unterstützung des Know-How-Austausches. Vielleicht müssten wir uns irgendwann vom K House als Haus der Kultur und des Kulturaustausches verabschieden und haben dann da die Möglichkeit, ein Haus der Vereine zu integrieren, was ich natürlich nicht hoffe und ich hoffe, wir finden da im Januar eine gute Lösung. Aber ich glaube, es ist eine berechtigter Möglichkeit, dieses Ehrenamt zu stärken und zu fördern, was uns ja allen sehr wichtig ist.

Ich glaube auch nicht, dass es hier irgendwie so in eine Megasubvention von irgendwelchen Mietflächen, die nicht mehr genutzt werden können, kommt. Es gibt ja einerseits sehr viel. Zum Beispiel im Ökolampad gibt es jetzt auch wieder neue Räume. Man merkt aber auch, da ist ein sehr hoher Nutzungsdruck, also sehr viele verschiedene Vereine möchten solche Räume nutzen können und vielleicht schafft man hier noch ein weiteres Angebot.

Grundsätzlich glaube ich, dass das der ganzen Breite unserer Gesellschaft zugutekommen würde, weil das Ehrenamt eben über alle Themen und über alle Bereiche sich ausbreitet. Man sieht in Riehen sehr gut, wie ihre Vereinsförderung auch die Vereine stärkt, Riehen hat ein sehr lebendiges Vereinsleben. Ich glaube auch, dass das Haus der Vereine dazu beiträgt, genau gleich wie der Tag der Vereine. Und dass man da sich mal etwas anschauen kann und sich damit auseinandersetzen kann, finden wir vom GAB richtig.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Georg Mattmüller.

Georg Mattmüller (SP): Ich bestreite den Antrag der Regierung, die den Anzug nicht überwiesen haben möchte. Vereine haben allermeistens einen gesellschaftlichen Zweck, der allgemein in der Freizeit gemeinschaftsbildend, im Bereich Sport zusätzlich gesundheitsfördernd ist. Auch hat der Zweck von Vereinen oft einen sozialen Charakter. Es werden Aufgaben und Leistungen übernommen beziehungsweise erbracht, die der Allgemeinheit dienen und zuweilen auch Kosten sparen.



Viele Vereine verfügen über wenig finanzielle Mittel und haben keine Geschäftslokaltäten. Entsprechend muss bei grösseren Zusammenkünften oder auch bei Veranstaltungen jeweils eine Lokalität gemietet werden. Das Beispiel Riehen, wo 55 Vereine jährlich rund 2000 Belegungen buchen, zeigt, dass es diesen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Auch in der Stadt Basel und in den Quartieren gibt es zahlreiche Vereine, die kein eigenes Domizil haben, an denen diese Sitzungen oder Veranstaltungen organisieren und abhalten können.

Um die viele ehrenamtliche Arbeit der Menschen wertzuschätzen, könnte der Kanton die Tätigkeiten von Vereinen mit einem Haus der Vereine unterstützen und deren Tätigkeiten stärken. Zudem würde es die Vernetzung unter den Vereinen fördern. In welcher Form der Kanton ein Haus der Vereine umsetzen würde, ist die Fragestellung des Anzuges, ein Haus pro Stadtteil oder Quartier? Das ist Teil der Umsetzung, sollte es dann als sinnvoll erachtet werden.

Unverständlich ist deshalb, weshalb die Regierung den Anzug noch nicht mal annehmen will. Weshalb soll die Frage eines Vereinshauses nicht angeschaut werden? Gegen die Prüfung und Annahme eines quer durch die Parteien unterzeichneten Anzuges spricht nun wirklich nichts. Ich bitte um Überweisung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfrage von Nicole Strahm an? Sie wird angenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): In Riehen zahlen die Vereine, wie soll das zukünftig in Basel aussehen?

Georg Mattmüller (SP): Anzug heisst in der Regel prüfen und berichten, und das kann dann ein Teil der Anzugsbeantwortung sein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun hat Regierungsrat Conradin Cramer als Einzelsprecher das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem Anzug soll geprüft werden, ob ein Haus der Vereine für Basel beziehungsweise sogar jeweils ein Haus pro Quartier oder pro Stadtteil in Frage käme. Als Referenzbeispiel wird dafür das Haus der Vereine in Riehen erwähnt, das ja seit 1983 erfolgreich betrieben wird. Dieses stellt Vereinen wie auch Privatpersonen günstige Räumlichkeiten für Sitzungen, Seminare, kulturelle Veranstaltungen und auch Privatanlässe zur Verfügung.

Wie die Anzugsstellerin selbst erwähnt, bestehen in Basel-Stadt 16 vom Kanton mitfinanzierte Quartiertreffpunkte. Diese vermieten ihre unterschiedlichen Räumlichkeiten bereits heute zu günstigen Konditionen und können auch für Vereinszwecke genutzt werden. Auf der lokalen Internetplattform raumfinden.ch gibt es einen guten Überblick zu zahlreichen weiteren Räumlichkeiten, die in Basel-Stadt entsprechend günstig gemietet werden können.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass mit den vorhandenen Raumangeboten bereits genügend Mietmöglichkeiten für die Vereine im Kanton bestehen und ich bitte Sie daher namens des Regierungsrats, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nun sind wie bei der Anzugsstellerin. Michela Seggiani hat das Wort.

Michela Seggiani (SP): Der Bedarf für ein Haus der Vereine ist da, davon bin ich überzeugt und das haben mir auch zahlreiche Menschen, die in Vereinen aktiv sind, bestätigt. Sonst hätte ich diesen Vorstoss auch nicht einfach ins Blaue geschrieben. Dass die Vereine Räumlichkeiten brauchen, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Jetzt kam aber noch der Punkt auf mit den Quartiertreffpunkten. Das stimmt, aber die haben eine andere Aufgabe. Und deshalb ist es wichtig, nicht nur in Riehen so ein super tolles Haus für Vereine zu haben, sondern eben entweder eines in der Stadt oder in verschiedenen Quartieren.

Alleine schon hier in meinem Wording merken Sie, dass es notwendig ist, diese Möglichkeit jetzt erst einmal zu prüfen und berichten, und deshalb ist es auch ein Anzug, nicht eine Motion. Es ist mir auch wichtig, dass einmal abgeklärt wird, wie teuer das sein würde und welche Optionen wir hätten als Kanton. Alles weitere können wir dann im Anschluss bei einer möglichen zweiten Überweisung dann auch noch definieren und beschliessen. Ich bitte Sie deshalb jetzt diese erste Überweisung zu unterstützen.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005316, 19.12.24 10:59:10]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzug wird überwiesen mit 55 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

42. Anzug 20 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend geschlechtsspezifischem Fokus bei der medizinischen Prävention und Nachsorge

[19.12.24 10:59:25, 24.5269.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Damit der Form Genüge getan ist: Die SVP bestreitet diesen Anzug. Die Gründe habe ich bereits erläutert. Ich bin hundertprozentig überzeugt, Sie wissen noch im Detail, was ich gesagt habe und ich wiederhole es nicht noch einmal.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine Wortmeldungen. Damit hat die Anzugstellerin Melanie Eberhard das Wort.

Melanie Eberhard (SP): Wir haben schon über dieses Thema gesprochen, deshalb halte ich mich auch entsprechend kurz. So viel dazu: Es geht in diesem Anzug sehr spezifisch um Präventionsarbeit und Langzeitpflege. Es sind beides Themenbereiche, bei denen es sehr grosse Geschlechterunterschiede gibt. Der Anzug fordert, dass man Präventionsmassnahmen prüfen und darüber berichten soll, auch das ein Thema, wo ganz spezifisch die Kantone in der Verantwortung stehen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Überweisung dieses Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Beat K. Schaller bestreitet die Überweisung dieses Anzugs. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005318, 19.12.24 11:01:39]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen 77 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen vor. Damit ist der Anzug überwiesen.

43. Anzug 21 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte

[19.12.24 11:01:56, 24.5270.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

44. Anzug 22 Patrick Fischer und Konsorten betreffend Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei

[19.12.24 11:02:14, 24.5271.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GAB): Meine Fraktion lehnt diesen Anzug ab. Wir sind ebenfalls besorgt über den Unterbestand bei der Kantonspolizei. Den falschen Weg finden wir jedoch, dies über diesen Anzug zu regeln. Der Anzug fordert nicht nur, dass die Kantonspolizei überprüft, welche Aufgaben effizienter ausgeführt werden könnten. Das ist etwas, was ja grundsätzlich sinnvoll ist und was die Regierung auch regelmässig mit der generellen Aufgabenprüfung überprüfen sollte. Bei dem dermassen hohen Unterbestand ist es auch absolut angebracht, nach Effizienzsteigerungen zu suchen, und ich hoffe doch schwer, dass der Regierungsrat dies auch längst gemacht hat und hoffentlich weiterhin tut.

Der Anzug fordert jedoch auch, dass die Aufgaben, die gemäss Übertretungsstrafgesetz der Kantonspolizei zufallen, hinterfragt werden sollen, und dabei handelt es sich um ein Gesetz und um Gesetzesbestimmungen, die der Anzug hinterfragt. Sauber wäre hier in meinen Augen ein Vorgehen, entsprechend transparent eine Motion zu hinterlegen zu einer Änderung oder mehreren Änderungen des Übertretungsstrafgesetzes. Welche Aufgaben man aus dem Gesetz streichen will, könnte man über eine Motion regeln, aber nicht über einen Anzug zu fordern, sich zu überlegen, welche Gesetzesartikel man ignorieren kann. Das ist in meinen Augen unsauber.

Hinzu kommt, dass hoheitliche Aufgaben etwas sind, welches in unseren Augen grundsätzlich auch beim Staat bleiben sollen. Ganz allgemein zu fordern, dass man überprüfen soll, welche hoheitlichen Aufgaben an Private ausgelagert werden sollen, unterstützen wir demnach nicht. Wir hätten es begrüsst, wenn im Vorstoss entsprechend klarer beschrieben worden wäre, an welche Aufgaben man denkt bei einer Auslagerung. Es macht einen Unterschied, ob der Staat Private beauftragt, beispielsweise Hausbesuche bei der Bevölkerung bei Ruhestörungen zu machen, oder ob der Staat Private damit beauftragt, Bussen für falsch geparkte Autos oder besitzlose Velos, die niemandem gehören, auszusprechen und dies entsprechend auslagert.



Aufgrund dieser Ausführung können wir dem Anzug so nicht zustimmen und ich bestreite die Überweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Ja, die Problematik des Personalunterbestands bei der Kantonspolizei Basel-Stadt ist ein ernstes Anliegen. Trotz zahlreicher Massnahmen, darunter auch die Einführung einer Arbeitsmarktzulage, bleiben rund 100 bis 120 Stellen unbesetzt. Aus unserer Sicht ist es daher wichtig, dass wir die Effizienz der vorhandenen Ressourcen steigern, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in unserem Kanton zu gewährleisten.

Der vorliegende Anzug schlägt eine umfassende Überprüfung der Aufgaben der Kantonspolizei vor, mit dem Ziel, ihre Kernaufgaben zu stärken und mögliche weniger zentrale Aufgaben an Dritte auszulagern oder automatisieren. Dies erachten wir im ersten Schritt als eine vernünftige Massnahme, auch wenn Auslagerungen in diesem Bereich sehr vorsichtig geschehen müssen. Gerade in einem Bereich wie dem Polizeiwesen, wo der persönliche Einsatz der Mitarbeitenden unter starker psychischer und physischer Belastung steht, ist die Fokussierung auf wesentliche Aufgaben entscheidend. Unsere Polizeikorps stehen im täglichen Einsatz für die Gesellschaft und sind dabei oft mit anspruchsvollen stressigen Situationen konfrontiert. Es ist daher nur fair und richtig, dass wir den Fokus der Polizei auf die wichtigen Aufgaben lenken und die Belastung durch andere Tätigkeiten verringern.

Diese Entlastung etwa durch den gezielten Einsatz automatisierter Prozesse kann der Polizei ermöglichen, ihre Ressourcen noch effektiver zu nutzen. Jedoch, die Aufsicht muss weiterhin in den Händen der Polizei bleiben, was uns extrem wichtig ist, da hoheitliche Aufgaben nicht ohne Kontrolle und Verantwortung abgegeben werden sollen. Und hier möchte ich klar feststellen, die Kantonspolizei ist ein zentraler Bestandteil des Service Public. Wir stehen zum staatlichen Gewaltmonopol, Privatisierungen von Sicherheitsaufgaben lehnen wir klar ab. Durch den Einsatz moderner Technologien, etwa Prozessautomatisierungen oder durch die Übergabe geeigneter Aufgaben an Akteure, können wir dafür sorgen, dass der Dienst am Menschen im Mittelpunkt bleibt und die Mitarbeitenden im Polizeidienst die nötigen Entlastungen erhalten.

Nicht alle Aufgaben können oder sollen in private Hände gegeben werden, denn hoheitliche Verantwortung erfordert auch öffentliche Rechenschaft und Kontrolle. Eine klare Aufgabenteilung mit strenger Überwachung und Anleitung durch die Polizei ist daher der Schlüssel zum Erfolg dieses Anzuges. Einige Bereiche, die zur Entlastung der Polizei überdacht werden können, sind beispielsweise einfache administrative Aufgaben wie die Aufnahme von Ordnungsbussen bei geringfügigen Vergehen oder die Bearbeitung gewisser Formalitäten. Auch können Automatisierungstechnologien, die in anderen Verwaltungsbereichen bereits erfolgreich eingesetzt werden, sinnvoll auf polizeiliche Prozesse angewendet werden.

Daher unterstützen wir eine Evaluierung, welche Aufgaben tatsächlich von der Polizei selbst ausgeführt werden müssen und welche delegiert werden können. Dies ist auch aus unserer Sicht nicht nur eine effiziente, sondern auch eine sozial gerechte Lösung, die ist sowohl das Personal schützt als auch die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Und da muss man auch halt einfach mal klar sagen, das JSD hat sich in den letzten Jahren überhäuft mit vielen Projekten und mit unterschiedlichen Aufgaben, die übernommen worden sind. Zum Teil hat man da auch von 70 bis 80 Projekten geredet, und dann nach dem Bericht Schefer kam es ja mal zur Zahl 57 Projekte, die noch laufen. Und da muss man halt einfach klar definieren, was die Aufgabe sein soll, welche Projekte nimmt man auf, welche Projekte werden neu gestartet, damit man auch eine klare Linie hat und eben auch weiss, wo die vorhandenen Ressourcen gebraucht werden können.

Aufgrund dessen eben erwarten wir auch vom Regierungsrat, dass man diese Aufgabe überprüft und eben so, dass es für die Aufteilung gerecht werden kann, dass man sagen kann, auf der einen Seite soll es evaluiert werden, was von Dritten in dem Sinne übernommen werden kann und was nicht. Daher bitten wir Sie, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Anzugsteller Patrick Fischer hat nun das Wort.

Patrick Fischer (SVP): Die Einsatzkräfte haben einen Grundsatz Boots on The Ground-Stiefel auf den Strassen und Stiefel stehen besser, wenn die Person dazu steht und nicht in einem Büro sitzt und dort administrative Arbeit erledigt. Ich mache ein Beispiel aus meiner Polizeikarriere. Als junger Polizeiaspirant war es Usanz, dass die Polizei am Spalentor oder auch am Aeschenplatz den Verkehr geregelt hat. Das wurde dann irgendwann auf Sicherheitsassistenten abgewälzt und die haben das erledigt, und nun machen das mehr oder weniger Private. Es gibt sehr viele Institutionen oder sehr viele Gruppen bei der Polizei, die in der Vergangenheit von der Strasse wegtransferiert worden und die jetzt in einem Büro arbeiten. Und dort gibt es beispielsweise sieben Personen. Da kann man sich wirklich fragen, ob es wirklich sieben voll ausgebildete Polizisten braucht oder ob da vielleicht auch zwei oder drei reichen und der Rest kann administrativ ausgebildet sein. So hätten wir die ausgebildeten Polizisten wieder auf der Strasse.



Ich gehe jetzt nicht auf alle Punkte ein, Vieles wurde schon gesagt. Wichtig ist, dass wir uns auf die Kernaufgaben konzentrieren und dass die Effizienz gesteigert wird. Einige Beispiele vielleicht noch: Die Ordnungsbussen sind etwas, was man überprüfen kann, was Raffaella Hanauer gesagt hat mit den Lärmklagen, das ist etwas, das entschieden nicht durch Private erledigt werden kann. Gerade das ist die klassische Requisition: Lärm im Hause Müller. Das kann alles sein, das kann sein, dass der Fernseher zu laut eingestellt ist, das kann aber auch sein, dass Herr Müller gerade seine Frau umgebracht hat. Und deswegen ist es da entschieden wichtig, dass da Einsatzkräfte und ausgebildete Polizisten an Ort gehen.

Wo wir aber nicht zwingend ausgebildete Polizisten haben können, da sollten wir auf sie verzichten und diese entlasten. Die automatisierten Prozesse wurden ja bis jetzt nicht bestritten. Auch das ist etwas, was wir anschauen können, und wir haben bewusst den Weg eines Anzugs gewählt, um hier möglichst grossen Handlungsspielraum offen zu behalten, dass hier auch die Regierung schauen kann, was wir wo tun können und nicht gezielt schon gesagt wird, was sie zu tun oder zu lassen hat. Bei der allfälligen Beantwortung durch die Regierung kann man dann immer noch entsprechende Schritte einleiten.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Unterstützung meines Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wurde bestritten von Raffaella Hanauer. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005321, 19.12.24 11:13:20]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 57 Ja-Stimmen, 36 Neinstimmen und eine Enthaltung bedeuten, dass der Anzug überwiesen ist.

45. Anzug 23 Pascal Messerli und Konsorten betreffend Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken

[19.12.24 11:13:32, 24.5272.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Sie haben keinen Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



46. Anzug 24 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Zugang zu Informationen nach IDG

[19.12.24 11:13:54, 24.5298.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Regierungsrat Conradin Cramer als Einzelsprecher.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gemäss dem Anzugstext des vorliegenden Anzugs werden Protokolle bei einem Informationszugangsgesuch in der Regel nicht zugänglich gemacht und um dies zu ändern, sei eine entsprechende Verordnungsänderung zu prüfen. Zudem will der Anzug die Niederschwelligkeit von Zugangsgesuchen allgemein anpassen und senken.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug nicht zu überweisen. Zum ersten Punkt ist festzuhalten, dass Protokolle von Sitzungen innerhalb der Departemente grundsätzlich schon heute uneingeschränkt dem Öffentlichkeitsprinzip unterstehen und verlangt werden können. Es gibt keine Sonderbestimmung, die den Informationszugang zu diesen Protokollen beschränken würde. Geht ein Zugangsgesuch betreffend Protokolle von Gremien der Departemente ein, wird dieses somit nach den allgemeinen Grundsätzen geprüft. Die Feststellung im Anzug, dass diese Protokolle in der Regel nicht zugänglich gemacht werden, trifft also so nicht zu.

Wurden in der Vergangenheit solche Gesuche abgewiesen, dann beruhte die Abweisung immer auf den generellen gesetzlichen Einschränkungsründen des IDG. Dazu zählen unter anderem eine besondere gesetzliche Geheimhaltungspflicht oder ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse. Allerdings ist bei Protokollen von behördlichen Gremien eine sinnvolle Anonymisierung teilweise nicht möglich, wenn man aus den einzelnen Wortmeldungen zweifelsfrei erschliessen kann, welche Person was gesagt hat, auch wenn die Namen geschwärzt werden. Ist eine Information nicht anonymisierbar, so darf sie gemäss IDG nur herausgegeben werden, wenn insbesondere ein öffentliches Interesse am Zugang zu dieser Information besteht, das den Persönlichkeitsschutz überwiegt. Sonst darf das Protokoll, zumindest teilweise, nicht herausgegeben werden. Sofern ein Protokoll aber eben anonymisierbar ist, dann muss es entsprechend herausgegeben werden. Das im Anzug vorgebrachte Anliegen entspricht also vollständig der geltenden Rechtslage, weshalb sich die Prüfung einer Anpassung des IDG beziehungsweise der IDV erübrigt.

Und nun noch zum zweiten Punkt. Der Anzug möchte die Niederschwelligkeit von Öffentlichkeitsgesuchen allgemein verbessern. Dieses Anliegen wird nicht weiter ausgeführt oder begründet. Für den Regierungsrat ist das Anliegen so auch nicht nachvollziehbar, da das Informationszugsangsrecht bereits denkbar niederschwellig ausgestaltet ist. Gesuche können ohne Formanforderungen, also sowohl schriftlich, elektronisch, telefonisch oder persönlich gestellt werden und dies bei jeder Stelle der Kantonsverwaltung, denn es besteht eine Weiterleitungspflicht. Der Kanton erklärt all das auf seiner Webseite und stellt für Gesuche ein einfaches Onlineformular zur Verfügung. Die Gesuche müssen auch gar nicht begründet werden. Jede Person kann ein Gesuch zu jeder Information stellen. Es muss kein besonderes Interesse geltend gemacht werden. Die Gesuche können sogar von einer anonymen E-Mailadresse ausgestellt werden. Gesuchstellende müssen also nicht einmal ihre Identität preisgeben.

Zum Stellen eines Gesuches sind somit weder Rechtskenntnisse noch Kenntnis der zuständigen Behörde noch die Einhaltung irgendeines Verfahrens notwendig. Erforderlich ist einzig die möglichst genaue Bezeichnung der ersuchten Information, damit erkennbar ist, welche Information konkret verlangt wird. Und schliesslich sei zu erwähnen, dass auf die Erhebung von Gebühren auch bei aufwendigen Verfahren in der Praxis bis anhin generell verzichtet wurde, ungeachtet der gesetzlichen Grundlage, die Gebühren erlauben würde. Dementsprechend ist für den Regierungsrat nicht ersichtlich, wie das Zugangsrecht noch niederschwelliger ausgestaltet werden könnte.

Nach dem Gesagten ist hoffentlich deutlich, dass beide verlangten Änderungen nicht nötig sind, da die geltende Rechtslage und Praxis die Anliegen bereits abdecken. Dazu kommt auch noch, dass der Grosse Rat erst vor Kurzem eine umfassende IDG-Revision beschlossen hat. Diese wird nun bald in Kraft treten können, zusammen mit den entsprechenden Verordnungsanpassungen mit der IDV. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es nicht sinnvoll, nun bereits eine erneute Änderung der rechtlichen Grundlagen in Betracht zu ziehen.

Aus all diesen Gründen beantragt Ihnen der Regierungsrat, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.



Hanna Bay (SP): Ich halte mich kurz, ich möchte aber trotzdem noch auf diesen Vorstoss eingehen. Es wurde gesagt, das Öffentlichkeitsprinzip in Basel-Stadt gelte erst seit 12 Jahren. Ich dachte, dass hier Basel-Stadt schneller gewesen wäre, das ist offensichtlich nicht der Fall. Aber ich glaube, es ist nach 12 Jahren durchaus an der Zeit, dass geprüft werden kann, wie das Öffentlichkeitsprinzip noch mehr gelebt werden kann und der Zugang niederschwelliger gestaltet werden kann.

Wir haben einen ersten Grundstein letzten Monat mit der Überweisung der Motion von Christine Keller gelegt, welcher ein Schlichtungsverfahren fordert. Und ich glaube, hier ist es nun der Schwestervorstoss. Es wäre kohärent, wenn wir diesen auch überweisen, denn es gibt eben eine bisherige Praxis, die zeigt, dass das Öffentlichkeitsprinzip in gewissen Teilen noch harzt. Die Erfahrungen haben eben gezeigt, dass sich die Praxis eingeschlichen hat – und es ist eine Praxis, es ist nicht eine gesetzliche Regelung -, dass eben Gesuche um Einsicht in die Protokolle von Sitzungen innerhalb der Departemente in aller Regel abgelehnt werden. Hier muss man anerkennen, dass diese Protokolle gerade bei der Nachvollziehbarkeit der Entscheide wichtig sind und der Kernidee des Öffentlichkeitsprinzips, nämlich der Transparenz und der Rechenschaft, entsprechen würde.

Ich traue dem Regierungsrat und der Verwaltung zu, dass sie hier es durchaus noch schaffen, mit ein bisschen Überlegen doch noch einige Konkretisierungen zu finden, mit welchem das mehr gemacht werden könnte, und keine Angst, es geht nicht darum, einzelne Mitarbeiter:innen an den Pranger zu stellen. Natürlich muss der Persönlichkeitsschutz gewahrt bleiben und natürlich muss auch die freie Meinungsbildung und -äusserung innerhalb einer Behörde geschützt werden. Es ist für uns aber einfach schlicht unverständlich, wieso eine ganze Dokumentenkategorie mit dem Hinweis auf den Meinungsbildungsprozess und den Persönlichkeitsschutz a priori nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll oder wieso das aktuell so gemacht wird.

Es wäre sinnvoll, wenn wir die Regierung auffordern, hier nochmals über die Bücher zu gehen und zu prüfen, ob das irgendwie möglich ist und wenn ja wie, damit wir das Öffentlichkeitsprinzip nachhaltig stärken können.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Bruno Lötscher ist der nächste Sprecher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das ist ein schwieriges Thema, ein interessantes Thema und das mit den Protokollen ist gar nicht so einfach. Ich glaube, da macht man sich falsche Vorstellungen. Es ist ja nicht so, dass Protokolle nicht herausgegeben werden dürfen. Nur muss man bei den Protokollen immer eine Reihe von Überlegungen voranstellen. Man kann ja nur über abgeschlossene Geschäfte Einblick erhalten. Also sind die Geschäfte abgeschlossen oder nicht? Und wenn man einfach sagt, Protokolle müssen grundsätzlich leichter herausgegeben werden, ist das sehr problematisch. Dann kann man ja nicht generell einfach Einblick verlangen, sondern man muss ganz konkret angeben, wofür man den Einblick haben will. Deshalb kann man auch nicht sagen, wir wollen generell die Protokolle sehen. Das scheint mir auch problematisch.

Wir haben hier tatsächlich eine gewisse Dreifachproblematik, es kommt nämlich noch die Anonymität dazu. Die Anonymisierung ist in Protokollen bei Geschäftsleitungen oder tiefer gelegenen Verwaltungseinheiten praktisch sinnlos oder sind entleert, weil man in der Regel relativ einfach zurückverfolgen kann, mit wenigen Überlegungen, wer das gesagt haben wird. Und all das führt natürlich dazu, dass Protokolle nicht einfach tel quel herausgegeben werden können. Ich denke, die Praxis, wie sie heute ist, ist sehr subtil, sehr vorsichtig. Es gibt auch eine klare Gerichtspraxis dazu.

Ich würde Ihnen nicht empfehlen, bei den Protokollen eine grosse Ausweitung zu machen, weil wir sonst natürlich das Öffentlichkeitsprinzip in einer Art und Weise auslegen, die das Gesetz so gar nie vorgesehen hat und auch nicht will und auch nicht sinnvoll ist, denn die freie Meinungsbildung muss ja irgendwie doch noch möglich sein. Es muss ja irgendwie noch möglich sein, die Gedanken mal zusammenzutragen, ohne dass man riskieren muss, dass man dann, weil die Anonymisierung eben nichts nützt, in der Öffentlichkeit steht, wo man eigentlich gar nicht hingehört.

Deshalb, ja, das ist ein Thema und ich glaube, es ist auch ein Thema vielleicht einmal zu schauen, wie effizient eigentlich das Öffentlichkeitsprinzip ist. Ich finde es eine wichtige Einrichtung, aber einfach tel quel zu sagen, Protokolle müssen von jetzt an viel einfacher herausgegeben werden, scheint mir der falsche Weg zu sein, weshalb ich hier für eine Ablehnung plädiere.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir sind damit beim Anzugsteller angelangt. Die Beda Baumgartner hat das Wort.

Beda Baumgartner (SP): Viele wichtige Punkte, die für den Anzug sprechen, wurden von meiner Vorrednerin Hanna Bay bereits gesagt. Nochmals kurz, es geht ja eben einfach auch darum, wie das Öffentlichkeitsprinzip konkret gelebt wird. Was ich nicht ganz verstehen kann bei der Argumentation der Regierung, ist folgendes. Die Motion von Christine Keller wurde ja entgegengenommen und die steht im gleichen Kontext. Die Argumentation, dass das IDG gerade revidiert wurde, greift ja in dem Kontext eigentlich auch. Also ich finde, das ist nicht wirklich das stärkste Argument.



Dann noch auf Bruno Lötscher bezogen. Es ist ein Missverständnis, es geht eben nicht darum, tel quel alle Protokolle herauszugeben. Es geht auch nicht um Fishing Expeditions, überhaupt nicht. Die Frage ist einfach, wenn ich Ihnen zuhöre, heisst es eigentlich faktisch, dass Protokolle nie herausgegeben werden. Und das kann nicht sein, das ist die Problematik, die der Anzug anzugehen versucht.

Momentan wird es eben so gelebt, wie ich es aus dem Votum von Bruno Lötscher herausgehört habe, und diese Ausführungen führen eigentlich faktisch dazu, dass man Protokolle zum Beispiel von Geschäftsleitungssitzungen nie herausgeben kann. Da muss man sich natürlich schon grundsätzlich fragen, wie man mit dem Öffentlichkeitsprinzip in diesem Bereich verfahren will, wenn das die Voraussetzung ist.

Und dann die allgemeine Niederschwelligkeit: Ich höre gerne, was Regierungsrat Conradin Cramer dazu gesagt hat. Es ist aber auch so, dass die Bekanntheit des Öffentlichkeitsprinzip längst nicht an dem Punkt ist, wie es jetzt dargestellt wird von der Regierung. Es gibt kein breites Aufmerksammachen über diese Möglichkeiten. Es ist doch einfach auch die Realität, dass wir beim Öffentlichkeitsprinzip ein sehr stabiles Gesetz haben, das aber noch sehr oft nicht gelebt wird. Und dieser Anzug ist eine kleine Verbesserung auf einer Ebene, die sehr wichtig und relevant ist.

Es geht auch nicht darum, tel quel alle Protokolle von allen Sitzungen immer zugänglich zu machen. Das ist wirklich nicht so, das können Sie ganz einfach nachvollziehen, wenn Sie die Forderung des Anzugs genau lesen. Sondern es geht darum, dass man diese Praxis, die momentan so ist, wie sie von Bruno Lötscher gut beschrieben wurde, ein bisschen aufweicht und anders lebt. Darum geht es, und dass man gleichzeitig von Seiten Regierung überlegt, wie man die Niederschwelligkeit von diesen Öffentlichkeitsgesuchen verbessern kann, indem man zum Beispiel auch die Möglichkeiten, dass man das überhaupt nutzen kann, bekannter macht.

Ich bitte Sie daher im Namen der SP-Fraktion, den Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchten Sie eine Frage von Andreas Strahm beantworten? Sie wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Befürchten Sie nicht, dass durch Ihren Anzug die Qualität der Protokolle leiden könnte, dass dann einfach nur noch stichwortartig und allgemein protokolliert wird, so dass man das auch unbesorgt herausgeben kann?

Beda Baumgartner (SP): Nein, damit würde ich nämlich der Verwaltung unterstellen, dass sie nicht transparent arbeiten will, was ich niemals machen würde.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat möchte den Anzug nicht entgegennehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005324, 19.12.24 11:28:25]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 49 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.



47. Anzug 25 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt in Form eines Online-Gehaltsrechner und durch Angabe der Lohnklasse

[19.12.24 11:28:38, 24.5304.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion bestreitet dies, aber ich habe auch die FDP-Fraktion im Rücken, die Sie auch bittet, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Ziel des Anzuges ist ja die Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern im Kanton. Das darf nicht nötig sein und es ist auch nicht nötig. Der Kanton ist, wie private nota bene auch, von der Verfassung her zu Lohngleichheit verpflichtet. Der Kanton als moderner guter Arbeitgeber wird diese Lohngleichheit auch durchsetzen. Es ist ja nicht so, dass irgendein Teamleiter Arbeitsverträge ausstellt und irgendein Salär einsetzt. Diese Verträge werden, da bin ich überzeugt, professionell von den entsprechenden Abteilungen geprüft, die sicherstellen, dass die Lohngleichheit zwischen Geschlechtern eingehalten wird.

Wir sind auch überzeugt, dass der Kanton bei den Neuanstellungen – und nur für Neuanstellungen ist ja dieser Anzug gedacht – sicher kein Problem hat in diesem Bereich. Wo allenfalls noch Differenzen sein könnten ist bei Leuten, die vor Jahren angestellt wurden. Nur, da wird dieser Anzug keine Abhilfe bieten. So weit so unnötig also dieser. Anzug.

Jetzt könnte man ja sagen, nützt es nichts, so schadet es mindestens nicht. Weit gefehlt. Die Kollateralschäden dieses Anzuges sind beträchtlich. Wenn man Löhne publiziert, weckt dies Begehrlichkeiten, Neid und nicht einfach zwischen den Geschlechtern, nicht die Frauen, die dann neidisch sind auf die Männer oder umgekehrt, sondern der Abteilungsleiter eine Tür weiter gegenüber dem Abteilungsleiter, der neu eingestellt wurde auf der anderen Seite des Ganges. Es kann sogar so weit kommen, dass Bewerber abgeschreckt werden, vor allem in Kaderpositionen will man vielleicht nicht, dass der Nachbar weiss, wie viel man verdient.

Bei Bewerbungen ist der Lohn wichtig, das ist ganz klar und es ist auch immer ein Thema bei Bewerbungsgesprächen, selbstverständlich, aber der Lohn darf nicht der Trigger sein, um einen Arbeitsplatz anzunehmen. Die Aufgabenstellung, der Arbeitsplatz, der Arbeitsort, der Chef, das sind die Faktoren, die Leute langfristig am Job und am Arbeitsplatz halten, nicht der Lohn. Wenn der Lohn der Hauptgrund ist, um einen neuen Job anzunehmen, dann ist die Halbwertszeit eines Arbeitnehmers, einer Arbeitnehmerin an einer solchen Position kurz. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Zaira Esposito.

Zaira Esposito (SP): Über den Lohn zu reden, ist in der Schweiz ein Tabu. Lohntransparenz ist nicht nur sprachlich ein Fremdwort. Doch warum ist es so? Denn Lohntransparenz fördert den Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Offenlegung von Gehältern schafft Vertrauen und ist Teil einer guten Unternehmenskultur. Sie kann ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu Gleichberechtigung und Fairness im Arbeitsleben sein. Das gilt sowohl für das Verhältnis zwischen Geschlechtern als auch für jegliche Personen, die bei der Lohnberechnung noch zu oft benachteiligt werden. Gemäss Studien hat Lohntransparenz einen direkten Einfluss darauf, ob sich Kandidatinnen und Kandidaten überhaupt auf eine Stelle bewerben. Besonders die jüngere Generation drängt auf Transparenz, die nicht nur das Vertrauen in Arbeitgebende stärkt, sondern als Voraussetzung dafür gilt.

Durch die Einführung eines realen Gehaltsrechners bei Ausschreibungen für kantonale Stellen können wir in unserem Kanton einen einfachen und auch wichtigen Schritt zur Stärkung der Lohntransparenzunternehmen. Der Kanton Bern kennt bereits eine solche Lösung, an der sich auch der Arbeitgeber Basel.Stadt orientieren könnte. Um als Arbeitgeber möglichst gerecht und transparent zu sein, gibt der Kanton Bern den potenziellen Lohn direkt im Stellenportal an, mittels eines Online-Gehaltsrechners kann zudem das Gehalt für die ausgeschriebene Stelle provisorisch berechnet werden. Für die Berechnung sind Angaben wie Alter sowie Beschäftigungsgrad notwendig.

Unser Kanton nimmt eine Vorbildrolle als Arbeitgeber ein. So stellt er sicher, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohlfühlen und zufrieden sind, und dies ab dem ersten Arbeitstag oder sogar früher, ab Anstellungsbeginn. Im Zeitalter des Arbeitskräftemangels sind Massnahmen nötig, um neue Talente als Mitarbeitende zu gewinnen, die Freude und Motivation an der Arbeit haben. Nur mit solchen Mitarbeitenden kann der Staat die Leistung erbringen, die unsere Unternehmen,



Bürgerinnen und Bürger verdient haben. Nutzen wir die Chance und stellen wir sicher, dass der Arbeitgeber Basel-Stadt auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig und attraktiv bleibt. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GAB): Es gibt dem Votum von meiner Vorrednerin nicht mehr so viel beizufügen. Vielleicht noch als Reaktion auf Lorenz Amiet. Vielleicht gibt es da einen Generationengraben, ich rechne mich jetzt mal zu einer jüngeren Generation. Ich hoffe, das stimmt auch, in der vielleicht dieses Tabu des Lohns, das vorhin auch angesprochen wurde, vielleicht nicht mehr so gross ist. In meinem Umfeld wird über Löhne eher offener gesprochen und es findet ein offener Umgang statt. Ich glaube auch, wir müssen sehen, dass in Basel-Stadt viele Menschen leben, die aus einem anderen Land hierhergekommen sind, auch wenn es nur über die Grenze von Lörrach her ist, wo die die Lohnfrage viel offener behandelt wird als das in der Schweiz eigentlich sehr lange der Fall war.

Der Anzug möchte ja eigentlich nur einen zusätzlichen Service schaffen für die Interessierten und für die, die sich auf eine Stelle bewerben möchten. Das Lohngesetz ist ja schon da. Wenn man das möchte, kann man ja heute schon selber ausrechnen, wie viel man etwa verdienen würde. Aber ein attraktiver Arbeitgeber, der der Kanton sein möchte, gerade in Bereichen, wo man lange nach Mitarbeitenden suchen muss, ist es einfach ein weiterer Service, der jetzt niemandem weh tut.

Und dieser Anzug erfindet nicht die Welt neu, sondern möchte ein zusätzliches Angebot schaffen, das dann noch eine Nebenwirkung haben könnte und zusätzliche transparent schafft. Ich glaube nicht, dass das jetzt zu so viel Missgunst führen wird aus den gleichen Gründen, wie dass neu Bewerbende eigentlich heute schon herausfinden könnten, wie viel sie verdienen können. Für Arbeitnehmende ist der Lohn einfach auf dem Papier zumindest ein sehr wichtiger Anreiz, auch wenn zugegebenermassen die Effekte, die man sich manchmal erhofft durch höhere Löhne, vielleicht nicht so relevant sind, aber für diejenigen, die eine Stelle suchen ist, dass am Schluss eine relevante Zahl und dieser Service kann der Kanton bieten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wenn keine weiteren Wortmeldungen kommen, schliesse ich die Liste und gebe der Anzugsstellerin Amina Trevisan das Wort.

Amina Trevisan (SP): Wichtig ist einfach noch einmal zu betonen, dass die Lohngleichheit in Artikel 8 der Bundesverfassung verankert ist. Dennoch ist sie noch nicht Realität, und wir haben schon oft hier darüber gesprochen. Im interdepartementalen Vergleich sind zudem immer wieder Unterschiede in der Einreihung der Lohnklassen für eine vergleichbare Stelle festzustellen. Dadurch wird der vom Kanton Basel-Stadt proklamierte Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» nicht erfüllt.

Um Lohngleichheit zu erreichen, müssen verschiedene Massnahmen ergriffen und geprüft werden. Eine mögliche Massnahme wäre die Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen im Kanton Basel-Stadt. Sie verhindert, dass schon beim Arbeitsbeginn diskriminierende und die unfaire Löhne festgesetzt werden. Verschiedene Länder kennen entsprechende Vorschriften bezüglich Lohntransparenz oder haben sie kürzlich eingeführt. Vor allem aber auch diverse Studien sind zum Schluss gekommen, dass diese Massnahme einen wichtigen Beitrag gegen Lohndiskriminierung leisten kann.

Zudem sind als ungerecht empfundenen Löhne oder Lohnsysteme häufig ein Grund für Unzufriedenheit am Arbeitsplatz. Und um es schon einmal vorab zuzusagen: Ja, der Lohn ist nur eine von verschiedenen Komponenten, welche die Attraktivität einer Stelle bestimmen, das ist richtig. Aber es geht nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern auch, dass die Stellen richtig eingestuft werden. Mit diesem Verfahren wird mehr Transparenz geschaffen.

Für mich ist es wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass es als Abgebende Öffentliche Hand wichtig ist, eine Vorbildfunktion einzunehmen. Deshalb wird der Regierungsrat mit diesem Anzug beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wie bei allen Stellenausschreibungen für Stellen beim Kanton Basel-Stadt der zu erwartende Lohn beziehungsweise die Lohnbandbreite in Form eines Online-Gehaltsrechners und die Lohnklasse angegeben werden kann. Im Kanton Bern wird dies erfolgreich umgesetzt.

Ich bitte Sie, den vorliegenden Anzug zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Überweisung wird bestritten von Lorenz Amiet. Wir stimmen ab.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005326, 19.12.24 11:40:37]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 56 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen bedeuten, dass der Anzug überwiesen wird.

48. Anzug 26 Amina Trevisan und Consorten betreffend Hass, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen – schützt unser Kanton unsere Politiker:innen?

[19.12.24 11:40:50, 24.5305.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wir eröffnen die Debatte mit Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe mir lange überlegt, ob ich zu dieser Sache reden soll, weil es auch ein bisschen privat und intern ist. Der Anzug hat es in sich und ich hoffe, die Betroffenen reden. Ich habe lange recherchiert zu dem Thema, seit vielen Jahren. Schaut man genau in die Statistik, egal in welchem Land, dann sieht man in ganz Europa, es betrifft vor allem die Grünen und die Rechtspopulisten.

In grossen Bevölkerungsschichten sind halt gewisse Randparteien nicht so beliebt. Trotzdem hat man Sympathisanten, aber auch ich spüre Hass, obwohl ich beliebt bin. Man hat Fans, man hat Hater und viele Leute fühlen sich irgendwie nicht richtig behandelt. Und dann was passiert? Man liest in der Zeitung, die Scheiben des Büros der SVP Basel werden zwei Mal pro Jahr zerstört.

Man muss als Politiker eine Lagebeurteilung vor sich nehmen, vor allem wenn man in Randgruppen wie Grüne oder Rechtspopulisten ist. Was mich anbelangt, und darum stehe ich noch da und ich möchte das in aller Ruhe sagen, so bin ich gerne im Grossen Rat, aber ich möchte nicht im Rollstuhl hier vorne hingefahren werden. Ich sitze auch im Restaurant nie draussen, ich gehe abends nicht raus. Ich drehe mich auch immer um, um zu sehen, ob mir jemand nachrennt.

Ich war gerade einen Monat Grossrat im 2021, da hat mich jemand am Claraplatz am helllichten Tag von hinten geschlagen. Ich habe dann den Aufruf gemacht «versuchter Totschlag».

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber, legen Sie das weg und sprechen Sie zum Anzug.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber darf ich noch kurz sagen, was mir passiert ist am Claraplatz?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nein.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich weiss, wovon ich rede. Ich muss nicht unbedingt Grossrat sein, ich wäre sogar froh, wenn ich es nicht bin, denn dann lebt man viel ruhiger. Und das mit dem Rollstuhl habe ich auch gesagt, das sind die Nachteile vom Politikerleben. Auch jetzt bei der Grossratswahl 2024 sind mir zwei Personen hinterhergerannt. Das ist alles nicht schön.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir beim nächsten Einzelsprecher Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wie auch der Regierungsrat beantragt Ihnen die SVP-Fraktion, diesen Anzug nicht an die Regierung zu überweisen. Amina Trevisan hat in ihrem Vorstoss ein Thema angesprochen, das natürlich sehr relevant ist. Das wollen wir auch gar nicht abstreiten. Das gibt es auch auf allen Ebenen. Das gibt es auch gerichtet und adressiert an Politikerinnen und Politiker auf allen Seiten des politischen Spektrums.

Offen gestanden finde ich das, was die Amina Trevisan hier in diesem Anzug fragt, wäre vielleicht eher eine Interpellation gewesen in einem ersten Schritt. Sie fragt ja zum Beispiel, ob Daten bereits erhoben wurden im Kanton Basel-Stadt oder wie sich der Regierungsrat zu einem allfälligen Pilotprojekt stellen würde. Das könnte man allenfalls auch mit einer Interpellation vom Regierungsrat erfragen.

Ganz grundsätzlich ist es klar, dass solche Beleidigungen, Abwertungen oder auch Drohungen nicht gehen. Ich selber bin wahrscheinlich etwas überdurchschnittlich davon betroffen. Ich kann Ihnen sonst gerne meine Instagram-Messages der letzten sieben Tage zeigen seit diesem Kulturförderpreis und der Diskussion um Leila Moon. Da bekomme ich jetzt jeden Tag allerlei Drohungen und Beleidigungen, Beschimpfungen und ich überlege mir dann tatsächlich auch immer, wie ich damit umgehe. Ich frage dann meistens noch, wenn es etwas sehr grenzwertig ist, einen Juristen, zum Beispiel unseren Parteipräsidenten, ob ich dagegen vorgehen soll. Bisher habe ich eher den Standpunkt vertreten, dass ich möglichst wenig Aufwand betreiben und auch den Strafverfolgungsbehörden wenig Aufwand bescheren möchte. Es gibt Grenzen, wenn man auf dem Marktplatz nach Verlassen des Rathauses mit dem Tode bedroht wird, dann muss man wahrscheinlich dagegen tatsächlich vorgehen. Das ist dann auch im Bereich des Offizialdelikts.

Aber ganz konkret jetzt in Bezug auf das, was Amina Trevisan vorschwebt. Grundsätzlich sind natürlich die Strafverfolgungsbehörden dafür zuständig, solche Dinge zu ahnden und zu verfolgen. Es liegt aber auch an uns als Politikerinnen und Politiker, wenn wir der Ansicht sind, dass etwas quasi auch strafrechtlich relevant sein könnte, Anzeige zu erstatten und entsprechend dagegen vorzugehen. Solche Daten können insofern ja auch gar nicht erfasst werden, weil jeder damit anders umgeht. Wer meldet es? Wer meldet es nicht? Wer findet etwas bereits eine Hassrede? Auch da gibt es ja unterschiedliche Bewertungen. Wenn Sie angegangen werden, hat nicht jeder die gleiche Schwelle an Erträglichkeit. Das ist auch eine sehr subjektive Wahrnehmung bis zu einem gewissen Grad. Aber dann, wenn es strafrechtlich relevant wird, dann schwindet die subjektive Wahrnehmung geht über in die Wahrnehmung einer Strafverfolgung. Und dann ist es eine Bewertung letztlich auch der Strafverfolgungsbehörde.

Wie jetzt da der Regierungsrat weiter darüber hinaus auch noch eingreifen kann, erschliesst sich uns aufgrund dieses Anzugstextes nicht. Vielleicht hat Regierungsrätin Tanja Soland, die als Sprecherin des Regierungsrates sich auch eingetragen hat, noch eine substantielle Meinung dazu, weshalb sie als Regierung diesen Anzug nicht entgegennehmen wollen.

Wir glauben deshalb, dass der Anzug sicher ein sehr gutes Thema aufgreift, auch im Zeitalter der digitalen Medien natürlich ein stärkeres Gewicht erhält, aber aus unserer Sicht sind eigentlich die bestehenden Werkzeuge bereits vorhanden. Es ist die Frage, ob man sie nutzen möchte, diese Werkzeuge. Das muss aber letztlich jeder selber entscheiden und da sind wir als Politikerinnen und Politiker auch nicht in irgendeiner Art und Weise zu privilegieren, sondern hier sind wir gleich zu behandeln wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger, die Hass, Beleidigungen oder Abwertungen erfahren. Aber dass das ein wichtiges Thema ist, das scheint mir selbstverständlich unbestritten zu sein. Wir bitten Sie aber trotzdem, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eric Weber möchte eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Hast du dann Anzeige erstattet gegen diesen Vorfall vor dem Rathaus?

Joël Thüring (SVP): Nein, da eine Morddrohung ein Offizialdelikt darstellt, muss ich keine Anzeige erstatten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Hass und Hetze, persönliche Beleidigungen, das ist auf der individuellen Ebene extrem belastend. Es ist gesundheitsschädigend. Es ist auch sehr schwierig, damit umzugehen. Mein Vorredner hat bereits ausgeführt, dass es



nicht immer ganz einfach ist zu entscheiden, wo man sich da strafrechtlich wehren soll und wo nicht. Ich denke aber, es ist auch entscheidend, dass es hier eben nicht nur um strafrechtlich relevante Punkte geht, auch Sachen, die hier nicht unter das Strafrecht fallen, können Menschen davon abhalten, sich politisch zu engagieren, können sie persönlich sehr belasten.

Es ist aber nicht nur auf der persönlichen Ebene schlimm. Es ist vor allem auch für unsere Demokratie, für unser Milizsystem problematisch, weil es immer schwieriger ist, Menschen zu finden, die sich das antun wollen. Wir alle haben bei den Wahlen Menschen davon zu überzeugen versucht, oder es ist uns auch teilweise gelungen, für die Wahlen zu kandidieren. Ich habe aber auch sehr oft gehört, ich möchte mich sehr gerne politisch engagieren, aber ich möchte nicht so persönlich im Fokus stehen. Das ist nicht mehr nicht recht, das ist schwierig. Und das liegt natürlich auch daran, dass man hier vor allen stehen muss und das gehört irgendwie dazu, aber es hat Grenzen, was man sich antun muss.

Dieser Hass, abwertende Kommentare und so weiter betreffen vor allem Frauen und Minderheiten, auch wenn wir vorher andere Beispiele gehört haben, die es auch betreffen kann. Deshalb ist es besonders schwierig, Menschen dieser Bevölkerungsgruppen dafür zu gewinnen, auf Wahllisten zu kandidieren oder hier sich im Grossen Rat oder anderen politischen Gremien zu engagieren. Das ist ein ernsthaftes Problem für unser Parlament, weil eigentlich sollte dieses Parlament ja die Bevölkerung repräsentieren, also alle Bevölkerungsgruppen anteilmässig sollten hier vertreten sein. Wenn wir uns umschauen, sehen wir, das ist definitiv nicht der Fall. Das liegt nicht nur daran, dass man solchem Hass oder Beleidigungen ausgesetzt ist, aber es ist eben auch ein Grund und es macht es zunehmend schwierig.

Deshalb finde ich es sehr wichtig, dass wir hier diesen Anzug überweisen und bitte Sie das zu tun, auch wenn die Antwort darauf, was getan werden kann, vielleicht nicht ganz einfach ist. Es kann nicht die Lösung sein, einfach wegzuschauen und zu tun, als wäre es kein Problem, und irgendwann finden wir gar niemanden mehr, der oder die sich politisch engagieren möchte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Alexandra Dill.

Alexandra Dill (SP): Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen bereit sind, sich einzubringen. Wir alle hier achten sie und scheuen auch den Aufwand nicht, denn es bedeutet eine besondere Rolle in der Demokratie einzunehmen.

Ich zumindest verstehe mein Amt stark so, dass ich der Bevölkerung eine Stimme gebe, sie vertrete, mein Quartier, mein Umfeld, meine Wähler:innenschaft, aber auch gerade solche, die nicht wählen dürfen und trotzdem betroffen sind von unseren Entscheidungen, und die auch gehört und vertreten werden sollen.

Dafür exponieren ich mich hier. Wir alle tun das, wir alle hier exponieren uns, indem wir Stellung beziehen, Haltung zeigen, Partei ergreifen. Wir haben verschiedene Perspektiven, die wir hier teilen und verhandeln. Wir treten für Lösungen ein und finden Kompromisse. Das ist harte und natürlich auch schöne und ehrenvolle Arbeit für unseren Kanton, für die Bevölkerung. Nicht alle Haltungen, die wir beziehen, passen allen. Das liegt in der Natur einer Demokratie und ist per se nicht schlimm und auch nicht vermeidbar. Aufgrund verschiedener gesellschaftlicher, medialer und wirtschaftlicher Entwicklungen nehmen aber Angriffe, Beleidigungen, Hass und Hetze gegen Personen, die sich exponieren, zu, im digitalen, aber auch im analogen Raum.

Dies ist nicht nur erschwerend für das Leben von uns Politiker:innen, sondern auch für die Demokratie. Wir brauchen diesen sicheren Rahmen, um unsere Perspektiven zugunsten der politischen Verhandlungen und Debatten einzubringen. Hier drin haben wir uns ein neues Reglement zum Schutz der persönlichen Integrität gegeben. Das ist wichtig und hilft uns untereinander. Aber auch Hass und Hetze von aussen ist nicht okay und kann uns alle treffen. Besonders betroffen sind dabei gerade Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind: Frauen, genderqueere Menschen, migrierte Personen oder People of Color. Sie setzen sich durch ihr politisches Engagement einem noch höheren Risiko aus. Für eine funktionierende Demokratie erachte ich es aber als essenziell, dass alle sicher teilhaben können und sehe uns als Gesellschaft sowie die öffentliche Hand in der Pflicht, dies sicherzustellen.

Was dieser Anzug will, ist erstens eine Datengrundlage zu unserem Kanton bezüglich Hassreden, Beleidigungen, Abwertungen oder Drohungen gegen politisch Engagierte und zweitens in einem Pilotversuch ein digitales Meldeverfahren und eine Anlaufstelle für Beratung zu testen. Ich halte dies für äusserst sinnvolle Anliegen für das Funktionieren unserer Demokratie und bitte auch im Namen der SP-Fraktion um Überweisung des Anzugs.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat ist der Überzeugung, dass die vorhandenen rechtsstaatlichen Mittel ausreichen, um sich als Politikerin oder Politiker wirksam gegen Hassreden und andere Formen von Anfeindungen zur Wehr setzen zu können. Zusätzliche Massnahmen hält er nicht für erforderlich. Insbesondere ist ungewiss, welchen



weiterführenden Nutzen ein Benchmark hätte und ob sich die Urheberschaft solcher Aggressionen durch eine Öffentlichkeitskampagne massgeblich in ihrem Verhalten beeinflussen liesse.

Und ein weiteres Argument, das vielleicht auch Joël Thüring schon genannt hat: Es stellt sich schon die Frage, warum Politikerinnen und Politiker hier privilegiert werden sollen, ob man das wirklich auf uns so speziell ausrichten sollte.

Der Regierungsrat bittet Sie daher, den Anzug nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: An dieser Stelle sehe ich, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt ausser jene der Anzugsstellerin. Das heisst, die Redeliste ist geschlossen, es reicht aber trotzdem nicht für die Abstimmung. Wir eröffnen am Nachmittag mit der Anzugstellerin und stimmen dann ab.

Schluss der 45. Sitzung

11:57 Uhr